Nr. 21 — Jahrgang 18 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Mittwoch, den 27. Januar 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der russisch-polnische Nichtangriffspakt

Einigung über den Inhalt erzielt — Unterzeichnung erst nach Verständigung Moskaus mit Bukarest
Keine Grenzgarantien vorgesehen — Litwinows Antwort an Rumänien

Moskau. Der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag, der am Montag in Moskau parafiert wurde, besteht aus sieben Artikeln. Der Vertrag besagt in seinen Hauptpunkten:

1. Die beiden Vertragspartner verzichten auf die Regelung aller Streitigkeiten durch das Mittel eines Krieges.

2. Beide Staaten verpflichten sich, keine Vereinbarungen mit dritten Ländern zu treffen, die gegen eine der Vertragsseiten gerichtet sind. Die Abmachungen, die zwischen einem der Vertragschließenden und einem dritten Staat getroffen worden sind, bleiben auch nach Abschluß des Nichtangriffsvertrages in Kraft, wenn es sich nicht um Vereinbarungen handelt, die Angriffsabsichten in sich bergen.

3. Der Vertrag gilt für eine Zeit von 3 Jahren. Er kann 5 Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert er sich automatisch um weitere 2 Jahre.

4. Der Vertrag muß 30 Tage nach der Parafierung ratifiziert werden.

Die übrigen Abschnitte des Vertrages beziehen sich auf die Verpflichtungen der beiden Partner für den Fall, daß einer von ihnen von einer dritten Seite angegriffen wird. In einem solchen Falle muß der andere Vertragspartner Neutralität bewahren.

*

Warschau. Der russisch-polnische Vertrag wird von Polen erst dann unterzeichnet werden, wenn sämtliche übrige Nichtangriffsverträge Sowjetrußlands, vor allem der Vertrag mit Rumänien, unterzeichnet worden sind.

Die Bedeutung des Nichtangriffsvertrages

Berlin. Die Parafierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über einen Nichtangriffspakt reichen bis in das Jahr 1925 zurück. Damals schlug der damalige Außenkommissar Tschitscherin sämtlich an Rußland angrenzenden Staaten in Europa den Abschluß von Nichtangriffsverträgen vor. Die polnische Regierung machte jedoch die Annahme dieses Vorschlages davon abhängig, daß der Vertrag gleichzeitig mit allen Staaten unter polnischer Führung abgeschlossen werden sollte, eine Bedingung, auf die Rußland nicht einging. Außerdem verlangte Polen seinerzeit eine Garantie seiner Westgrenze.

Die Verhandlungen haben dann geruht und sind erst im August 1931 wieder aufgenommen worden, nachdem in Paris ein russisch-französischer Nichtangriffsvertrag zustande gekommen war. Das Inkrafttreten dieses Vertrages war jedoch von der Unterzeichnung eines polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages abhängig gemacht, da der polnisch-russische Verträg wieder erst in Kraft treten soll, wenn die Verträge mit den anderen europäischen Nachbarn Rußlands, vor allem also Rumänien, unterzeichnet sind, wird es vielleicht noch eine Weile dauern, bis der Vertrag in Kraft tritt. Immerhin ist der polnisch-russische Nichtangriffsvertrag für die kommende Abrüstungskonferenz von besonderer Bedeutung, da Polen jetzt nicht mehr behaupten kann, daß es durch die Drohung seines russischen Nachbarn zu besonderem Rüstungsaufwand gezwungen wäre.

Litwinows Antwort an Rumänien

Keine Garantien für Bessarabien — Ein Nichtangriffspakt ohne Wert

Moskau. Außenkommissar Litwinow machte den russischen Pressevertretern vor seiner Abreise nach Genf Mitteilung von der Parafierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages und gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen mit Lettland und Estland bald erfolgreich zu Ende geführt werden können. Litwinow ging dann auf die Verhandlungen mit Rumänien ein und erklärte, daß in diesem Falle die Dinge ganz anders lägen, als bei den Verhandlungen mit den Ländern, mit denen die Sowjetunion normale diplomatische Beziehungen unterhalte. Der Vertragsentwurf mit Rumänien sei fertiggestellt. Von sowjetrussischer Seite sei alles getan worden, um den Vertrag zum Abschluß zu bringen. Die Sowjetregierung sei bereit, Rumänien gegenüber Verpflichtungen zu übernehmen, die sie auch in den Verträgen mit den Ländern übernommen habe, mit denen normale Beziehungen unterhalten werden. Sowjetrußland könne jedoch nicht die Besetzung Bessarabiens anerkennen und die Moskauer Regierung habe sich bereiterklärt, eine Formulierung zu finden, die diese Streitfrage ausschaltet. Die rumänischen Vorschläge seien für Sowjetrußland unannehmbar. **Der Dnjestr könne nicht als russisch-rumänische Grenze anerkannt werden.**

Eine Anerkennung Bessarabiens als rumänisches Staatsgebiet komme nicht in Frage.

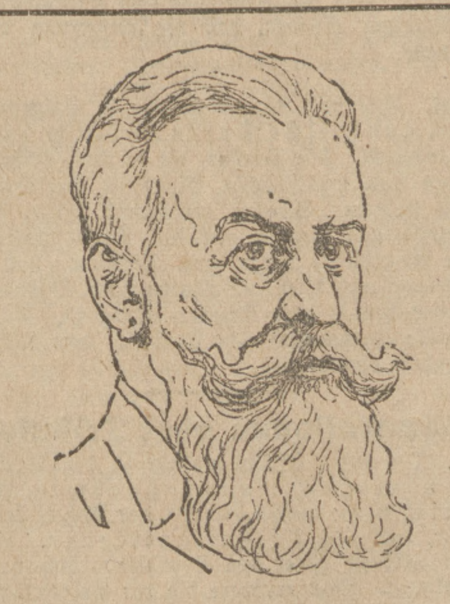
Die Sowjetregierung habe alles getan, um die Verhandlungen mit Rumänien zu einem günstigen Abschluß zu führen. Die Entscheidung liege nunmehr bei der rumänischen Regierung.

Der Vizekönig von Indien verteidigt seine Zwangsmaßnahmen

London. Wie aus Neu-Delhi gemeldet wird, verteidigte der Vizekönig von Indien, Lord Willingdon, vor der gesetzgebenden Versammlung seine energischen Maßnahmen gegen den Kongreß und den neuen Ungehorsamkeitsfeldzug. Er erklärte, daß die Maßnahmen der indischen Regierung durch das Verhalten des Kongresses, hervorgerufen seien, der einen neuen Feldzug gegen die Behörden vorbereitet habe. Die Regierung werde die mißbräuchliche Anwendung von Zwangsmaßnahmen vermeiden, doch sei eine Milderung der letzten Verordnungen nicht zu erwarten. Der Vizekönig bat schließlich die Versammlung um ihre Unterstützung bei der Bekämpfung des Ungehorsamkeitsfeldzuges und um ihre Mitarbeit bei der Tätigkeit der Ausschüsse der Londoner Indien-Konferenz. Zum Schluß behandelte der Vizekönig die Wirtschaftslage Indiens, die sich wesentlich gebessert habe.

Litwinow unterwegs nach Genf

Moskau. Die russische Abordnung für die Abrüstungskonferenz unter der Führung Litwinows reiste am Montag über Berlin nach Genf.



Wird er sich selbst verjüngen?

Der Wiener Professor Steinach, der durch seine Verjüngungsexperimente berühmt gewordene Wiener Arzt, feiert am 27. Januar seinen 70. Geburtstag.

Alles in der Schwebe!

Wenn die Herren in Genf ihre Sprüchlein herunterreden werden, so dürfte ihnen klar zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Schicksalsstunde des Völkerbundes geschlagen hat. Mit der Abrüstungskonferenz steht und fällt der Völkerbund und alle Anzeichen deuten daraufhin, daß die 10jährige Vorbereitung mit einem großen Fiasko endet. Zum Schaden der Menschheit, aber scheinbar verdient sie es nicht besser. Wir haben zwar „Frieden“, wenigstens in Europa, aber die Rüstungsausgaben haben eine Höhe erreicht, die kaum noch zu übertreffen ist. Und diese Ziffern sollen für die nächsten zehn Jahre als Normalerscheinung gelten, bis man wieder zusammentritt, um die teilweise Abrüstung vorzubereiten. Frankreich und seine Gefolgschaft gibt offen zu, daß es von einer Abrüstung nichts wissen will und seine „Freunde“, abhängig von der Bank von Frankreich, treten diesem Standpunkt bei, erst Sicherheit und dann Abrüstung, lautet die Formel. Der Völkerbund mit seinen „Friedensgarantien“ und „Kriegsverhütungspakten“ ist ihnen nicht genug, sie wissen recht wohl, daß diese „Friedensredetribüne“ nur dann den Schein einer Gesellschaft der Nationen hat, solange es Frankreich und seinen Verbündeten beliebt, dieses „Friedensinstrument“ für eigene Vorteile zu mißbrauchen. Sollte dieser Völkerbund es wagen, eine Entscheidung zu treffen oder gar Frankreich als schuldig zu erklären, daß an seinen Thesen der Abrüstungsschwindel enthüllt wurde, so wird man sich in Paris entschließen, sofort auszutreten und den eigenen Schutz kräftigeren Bataillonen zu überlassen. Für Frankreich und leider auch unter Englands Schutz ist dieser Völkerbund nur ein Institut, mit welchem man Deutschland niederhalten will. Nur das Internationale Arbeitsamt, welches einen Teil des Völkerbundes bildet, kann für sich in Anspruch nehmen, daß es einige sachliche Arbeit geleistet hat, aber der Völkerbund war bis heut ein großes Versagen, weil er über die Machtverhältnisse nicht hinweg kann, also die Politik der „Friedensstifter“ treiben muß.

Man ist in Paris eifrig bemüht, Minen unter die Abrüstungskonferenz zu setzen, sie auffliegen zu lassen, oder wenigstens um einige Monate zu vertagen, weil die Atmosphäre, infolge des mandschurischen Konflikts sehr ungünstig auf die Verhandlungen wirken könnte. Allerdings ist es schwer, über Abrüstungsfragen zu diskutieren, wenn im Fernen Osten die japanische mit der chinesischen Armee ihre Kräfte messen. Hinzutritt, daß zwischen dem englischen Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, und der englischen Delegation für die Abrüstung Meinungsverschiedenheiten von kaum zu überbrückbarer Tragweite bestehen. So ist es möglich, daß auf diesem Gebiet, wieder einmal das Glück Frankreich leuchten wird und man doch zu einer Vertagung kommt, das so nebenbei im englischen Kabinett auch über Zollfragen das Kabinett der nationalen Verteidigung auseinanderzulaufen droht und die indischen Konflikte in London ganz anders wirken, als eine Zustimmung der Abrüstungsformel, die man, sagen wir, zu „normalen“ Zeiten aufgestellt hat. Nur Amerika drängt und erklärt seinen europäischen Gläubigern, daß es an der Zeit ist, das Grundübel zu beseitigen, die Abrüstung durchzuführen, und daß man dann erst über die Schuldenregelung sprechen kann. Es empfiehlt Reparationsbeseitigung, aber selbst will es zum Entgegenkommen nicht die Hand reichen, denn solange seine Gläubiger ungeheure Milliarden für Rüstungszwecke ausgeben, hat, sagt man in Washington, auch Amerika das Recht auf Zahlungen, die man früher vereinbart hat. Man kann schlechterdings die Probleme nicht von einer Seite lösen, jede Trennung zeigt, wie die Kriegsverhältnisse und ihre Auswirkungen, die Dinge aneinander gebunden haben.

Es ist hier in anderem Zusammenhang gesagt worden, daß damit die Idee des Völkerbundes durchaus nicht zu bekämpfen ist, im Gegenteil, seine Institutionen könnten sich zum Wohle der Menschheit auswirken, wenn man den geschriebenen Rechtsformeln Rechnung tragen wollte und nicht alles nach politischen Kompromißformeln lösen müßte. Hier liegt das Uebel des ganzen Völkerbundes, der in seiner heutigen Art eben nichts anderes, als die Machtverhältnisse des politischen Europas wiederspiegelt. Wir erinnern nur an das erste Auftreten Macdonalds als Arbeiterpremier, der dem Völkerbund einen entschiedenen Ruck gab, wir verweisen auf das Auftreten des Genossen Vandervelde und nicht zuletzt auf die entscheidene Sprache Hendersons,

die alle anders wirkten, als Politik des Siegens, denn der Verständigung, die zu hintertreiben Frankreichs Ziel ist. Erst wenn die Arbeiterschaft wieder ihre Vertreter als die Repräsentanten des sozialistischen Europas nach Genf entsenden wird, dann erst kann dieser Völkerbund ein Friedensinstrument sein, kann die Abrüstung durchführen helfen. Die Völker müssen erst immer bittere Lehren mit großen Opfern bezahlen, dann erst anerkennen sie den Willen der Arbeiterklasse, daß sie wohl ihre „Vaterländer" zu schützen bereit ist, aber auch dabei wohlbewußt das Leben der anderen Völker als gleichberechtigt anerkennen will. Die heutigen Nationalisten und nicht zuletzt die sogenannten Vertreter christlicher Mächte haben im Verlauf des Bestehens des Völkerbundes gezeigt, daß sie nicht fähig sind, diesen Völkerbund als einen Friedenshort auszugestalten.

Man kann es verstehen, daß die internationale Situation seine Rückwirkungen auch auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates ausstrahlen läßt, der übrigens fast, wie im Verborgenen, seine Tagung am gestrigen Montag begonnen hat. Seit Bestehen des Völkerbundes sind die meisten bedeutenden Außenminister dieser Tagung ferngeblieben, ihre Vertreter werden kein zu großes Licht leuchten lassen. Man stand unter dem Eindruck der Lausanner Konferenz, zur Regelung der deutschen Zahlungen und zur Revision des Youngplanes, sie ist verschoben worden, und es erscheint ziemlich fraglich, ob sie überhaupt stattfindet, nachdem die deutschen Kreditrückzahlungen jetzt auf ein weiteres Jahr verschoben worden sind. Möglich, daß man auch die sogenannte Youngkonferenz bis nach der Abrüstungskonferenz verschiebt, für die man zunächst einige Wochen in Aussicht genommen hat. Man muß begreifen, daß unter diesen Stimmungsverhältnissen, bei allen Delegationen der lebhafteste Wunsch besteht, möglichst rasch die Themen abhaspeln zu lassen und auf den 2. Februar zu warten, wo die Eröffnung der Abrüstungskonferenz stattfinden soll, was indessen noch nicht ganz gewiß ist. Die deutschen Nationalisten allerdings, sehnen sich nach einem Scheitern der Abrüstungskonferenz, damit sie der Oeffentlichkeit beweisen können, daß ihre Stunde gekommen ist, nun müssen sie rüsten oder gleich gut, wie die Nachbarn, gerüstet sein, damit dem ganzen Schwindel ein Ende gemacht wird. Nur, wer die sogenannte „nationale" Presse ein wenig aufmerksam verfolgt, weiß, daß dies wiederum für Frankreich ein willkommener Anlaß wäre, die Verständigung mit Deutschland auf Jahre hinauszuschieben.

An dieser Völkerbundstagung hat Polen einige kritische Fragen. Natürlich, wieder die Minderheitsinteressen betreffend. Da ist die Pazifikation der Ukrainer, der Steuerprotest des Prinzen von Pleß und schließlich ein Protest aus Pommerellen, betreffend der Landenteignung und Vergütigung. Man muß oder kann schon heut sagen, daß alle diese Fragen kaum eine Erledigung finden werden, denn andere, wichtigere Probleme, stehen bevor, und so wird es die polnische Delegation leicht haben, eine Vertagung zu erzielen, und, ob, nach der Abrüstungskonferenz, der Völkerbund überhaupt noch etwas tun wird, erscheint mehr, als fraglich. Alles in der Schwebe, werden die gewiegten Diplomaten sagen, die Sachen haben wir fein gedreht, glückliche Demokratie, die man den Spinnen der Vorkriegszeit, im Zeichen des Friedens, anvertraut hat. Und doch ist das alles nur möglich, weil die Völker selbst ihr Schicksal diesen Vorkriegsdiplomaten und ihren Geheimküchen überantwortet haben. Wenn irgend ein frischer Luftzug in Genf wehen wird, so kann man sicher sein, daß er nur von der russischen Delegation kommen kann, die diesen „Staatsmännern" etwas mehr zu sagen haben wird, als Thesen, an die diese Friedensstifter doch nicht glauben. Alles in der Schwebe, aber eine neue Welt steigt auf, ohne daß es die Bratenröcke hinter den Regierungskulissen merken.

—ll.

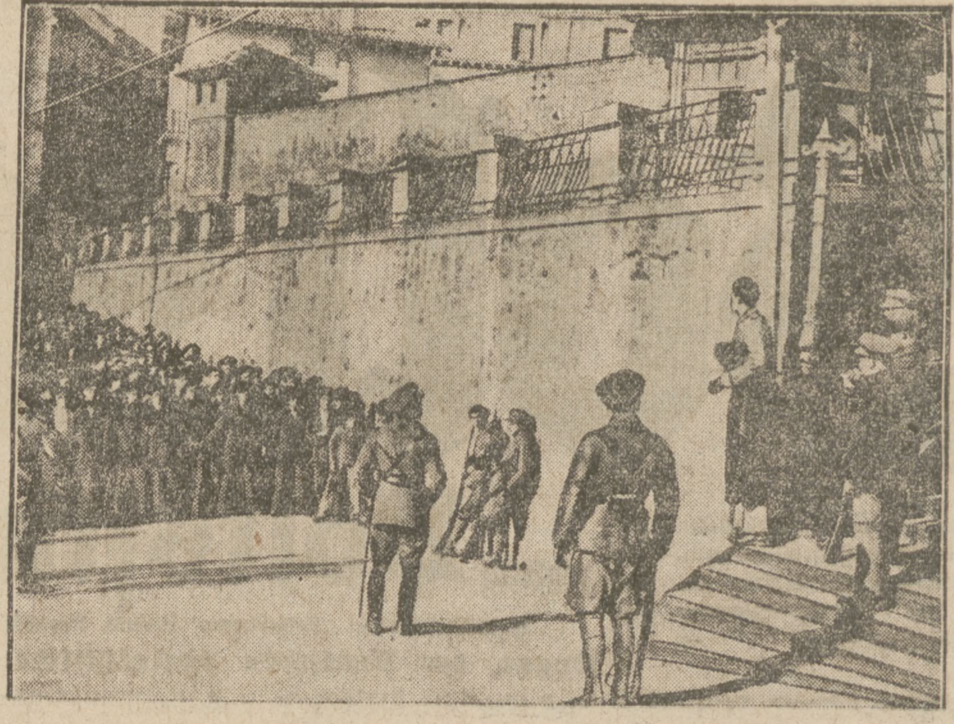
Die Washingtoner Regierung gegen die japanischen Maßnahmen in Schanghai

Washington. Die amerikanische Regierung wendet sich in scharfer Weise gegen die japanischen Militärmaßnahmen in der internationalen Ansiedlung Schanghais. In hohen Regierungskreisen verlautet, daß die Washingtoner Regierung weitere japanische Truppenlandungen in Schanghai als „ernste Unruhe" ansehen würde. Solche japanischen Maßnahmen wären nur gerechtfertigt, wenn japanisches Leben und Eigentum in Schanghai gefährdet sein würde, das treffe jedoch nicht zu.



Ein argentinisches Freundschaftsgeschenk für Deutschland

Der argentinische Gesandte in Berlin, Dr. Restelli (links), hat dem Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin ein Gemälde des argentinischen Nationalhelden San Martin überreicht, das ein Geschenk seiner Regierung darstellt und als Beweis der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland dienen soll. Der frühere Staatsminister und jetzige Direktor des Instituts, Prof. Boelitz (links neben dem Bilde), übernahm das Bild und dankte namens der deutschen Regierung für das wertvolle Geschenk. An der Feier nahmen auch teil (von rechts) der argentinische Militärattachee und der deutsche Gesandte in Buenos Aires, Dr. v. Keller.



Neue Bilder vom Aufstand in Spanien

der nach den letzten Nachrichten von den Regierungen niedergeschlagen sein soll. Demonstranten, die das Gefängnis von Bilbao stürmen wollen, werden von dem Gefängnisdirektor (rechts, auf der Treppe) gewarnt, da die Polizei mit aller Schärfe gegen die Angreifer vorgehen würde.

Krach im Völkerbund

Polen gegen die Minderheitsbeschwerden — Japaner und Chinesen greifen an Vertrauenskundgebung für Briand

Genf. Die Tagung des Völkerbundsrates wurde am Montag unter dem Vorsitz Paul Boncours mit einer geheimen Sitzung eröffnet.

Sie begann mit einem Vorstoß des chinesischen Vertreters Yen, der verlangte, daß im Hinblick auf die Besetzung Schanghais durch japanische Truppen der Völkerbundsrat unverzüglich das Verfahren über den japanisch-chinesischen Streitfall von neuem eröffne.

Der japanische Vertreter erklärte, noch nicht in der Lage zu sein, zu den einzelnen Punkten der chinesischen Beschwerde Stellung nehmen zu können. Der Völkerbundsrat beschloß — entgegen den bereits getroffenen Anordnungen —, am Nachmittag eine Sitzung ausschließlich zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konflikt einzuberufen.

Der polnische Außenminister Zaleski beantragte sodann, die auf Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende

Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen auf die Maitagung des Rates zu verschieben.

Der deutsche Vertreter von Weiszaecker widersetzte sich dem mit allem Nachdruck. Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Botschafter Sato, mit den beiden beteiligten Abordnungen persönlich Fühlung über die Beschwerde aufnehmen solle.

Anschließend trat der Völkerbundsrat zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Eine Saarabordnung unter Führung des Kommerzienrats Röchling ist hier eingetroffen, um mit den Mitgliedern des Völkerbundsrates über die auf der gegenwärtigen Tagung zu treffende Ernennung des Präsidenten und des Justizmitgliedes der Saarregierung zu verhandeln. Es wird erwartet, daß zum Präsidenten der Saarregierung ein Engländer ernannt wird.

*

Genf. Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates, an der die Außenminister Spaniens, Polens und Südslaviens teilnahmen, begann mit einer großen Kundgebung für Briand. Sämtliche 14 Ratsmächte brachten ihr Bedauern über sein Fernbleiben zum Ausdruck. Die Kundgebung wurde durch Lord Cecil eröffnet, der die Verdienste Briands um den Völkerbund und das Friedenswerk stark hervorhob. Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weiszacker, schloß sich den Wünschen auf baldige Wiederherstellung der Gesundheit Briands an. Im Namen der französischen Regierung dankte Paul Boncour für die Sympathieerklärungen und betonte, daß Briand nach wie vor ständiger Delegierter Frankreichs im Völkerbundsrat sei.

Völkerbundsrat lehnt Drummonds Rücktrittsgesuch ab

London. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Genf hat der Völkerbundsrat in seiner vertraulichen Sitzung das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Sir Erik Drummond nicht angenommen. Sämtliche Ratsmitglieder haben Drummond gebeten, seine Entscheidung zu überprüfen. Drummond versprach, der Angelegenheit noch einmal seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Die revolutionären Unruhen in Salvador

Bisher 1000 Tote — Die Kommunisten greifen weiter an — Scharfe Maßnahmen der Regierung

Berlin. Bei den revolutionären Unruhen in der mittelamerikanischen Republik El Salvador sollen nach einer bisher unbestätigten Meldung Berliner Blätter aus Neuyork bisher etwa 1000 Personen getötet worden sein.

Neuyork. Nach den letzten Meldungen aus San Salvador befürchtet die Regierung einen Angriff der Kommunisten auf die Hauptstadt. Infolgedessen ist die Bewaffnung aller Zivilisten angeordnet worden. Man nimmt an, daß ein früherer Anhänger Sandinos, Oberst Augustino Marti, die Kommunisten führt. Marti, der Anhänger der 3. Internationale sein soll, wurde im vorigen Jahr aus dem Gefängnis entlassen.

Soweit sich bisher feststellen ließ, sind zahlreiche Plantagen bei den Kämpfen mit den Aufrührern zerstört worden, darunter auch Besitzungen von Ausländern. Bei einem Zusammenstoß in Juayua wurde ein italienischer Staatsangehöriger getötet. Die Gesamtverluste sind unbekannt. Präsident General Martinez erklärte, daß die Regierung die Lage in der Hand habe.

*

Neuyork. Wie von Regierungsseite in Salvador verlautet, ist der kommunistische Aufstand bereits im Wesentlichen unterdrückt. Die Banden, die in zwei größeren Städten die Kasernen und militärischen Magazine angriffen und eine Anzahl von kleineren Städten geplündert haben, befinden sich auf der Flucht und werden von den Regierungstruppen verfolgt. Die Amerikaner haben zwei Zerstörer und das Hilfsschiff „Rochester" mit 1500 Seesoldaten nach Salvador entsandt, die Engländer den kleinen Kreuzer „Dragon". Außerdem sind zwei kanadische Torpedoboote in Acajutla, dem wichtigsten Hafen des Landes, eingetroffen.

Reparationen oder Tribute?

Berlin. In einer Stellungnahme zu der Pariser Propaganda für neue Sanktionsmaßnahmen schreibt die „Germania" u. a.: Selbst Herriot, der Abgott der Pazifisten aller Länder, rufe nach Tributsanktionen. Herriot solle doch einmal erklären, ob er von Deutschland Reparationen oder Tribute verlange. Man erinnere sich der Aufregung in Frankreich, als in einem amtlichen deutschen Dokument das Wort Reparationen durch Tribute ersetzt war. Wenn Deutschlands Zwangszahlungen dazu dienen sollen, unsere Industrie und Wirtschaft in Zukunft niederzuhalten, so habe das mit dem Begriff der Reparationen nichts mehr zutun und wir würden zu unverhüllten Tributleistungen gezwungen sein, wie sie in längst vergangenen Jahrhunderten unterworfene Staaten an den stolzen und rücksichtslosen Sieger zu entrichten hatten. Damit verließe Frankreich endgültig den Boden jeder Wiedergutmachungsbegriffe, wie sie von Amerika ausgebildet und von den Kriegsführenden akzeptiert worden seien.

Warum greife der Führer der radikalen Partei nicht den Vorschlag des Sozialisten Leon Blum auf, der ein internationales Schiedsgericht zur Feststellung der tatsächlichen bisherigen Leistungen und der entstandenen Unkosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert? Er würde dann mit Erstaunen feststellen können, daß diese Leistungen nicht nur sämtliche Schäden decken, sondern daß der Ueberschuß erheblich genug sei, um damit die Saargruben und darüber hinaus viele andere sequestrierte Werte zurückzuerwerben.



Hohe Ehrung Lewalds

Der Vorsitzende des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär a. D. Lewald, ist zum Mitglied der Deutschen Kommission für geistige Zusammenarbeit ernannt worden. Die Kommission vertritt die deutschen kulturellen Interessen bei der Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit in Genf.

Die Lohnstreitfrage im Bergbau unentschieden

Kein Lohnabbau in der Eisenindustrie — Zerlegung der Lohnstreitfrage — Die Arbeitsgemeinschaft im Bergbau und der Schlichtungsausschuß — Streik auf drei Kohlengruben Gescheiterte Lohnverhandlungen in Dombrowa Gornicza

Die Arbeitsgemeinschaft im Bergbau hielt gestern eine Sitzung ab und richteten dann folgendes Schreiben an den Demobilmachungskommissar:

„Nach der Erklärung des Oberarbeitsinspektors Klott, sollten die Kündigungen auf den Gruben und Hütten bis zum 21. d. Mts. zurückgezogen werden, die die Belegschaften den Lohnabbau in Höhe von 21 bezw. 25 Prozent aufdrängen wollten.

Wir stellen fest, daß die Bekanntmachungen bis jetzt nicht zurückgezogen und dort, wo sie beseitigt waren (Fürstl. Plessische Gruben) wurden sie von neuem angeschlagen. Einzelne Verwaltungen haben den Arbeitern erklärt, daß die Kündigungen in Kraft bleiben.

In unserer Deklaration vom 19. d. Mts., die wir an den Herrn Demobilmachungskommissar gerichtet haben, wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Arbeitergewerkschaften nicht in der Lage sein werden, die Lohnverhandlungen aufzunehmen, bis die Bekanntmachungen nicht zurückgezogen sind, als auch ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Lohnstreitfrage an den Schlichtungsausschuß verweigern werden, bleibt aufrecht und die Arbeitergewerkschaften lehnen alle Lohnverhandlungen ab, werden auch an der Sitzung des Schlichtungsausschusses nicht teilnehmen.

Wir lehnen daher jede Verantwortung, die da durch die Bekanntmachungen zur Verschärfung der Lage beigetragen hat, ab und unterstreichen ausdrücklich, daß die Stellungnahme der Arbeitgeber durch die unklare Deklaration des Demobilmachungskommissars vom 20. d. Mts. verursacht wurde. In dieser Deklaration vermissen wir die Verurteilung der Kündigungen als im Gesetz unbegründet, weshalb wir der Ansicht sind, daß die Kündigungen sanktioniert wurden, was dazu beigetragen hat, daß die Arbeitgeber die Bekanntmachungen nicht beseitigt haben.

Im Zusammenhange mit diesem Schreiben an den Demobilmachungskommissar, haben gestern die Arbeitsgemeinschaft und der Zwionzek Gornikow, an den Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern und an der Sitzung des Schlichtungsausschusses **nicht teilgenommen.**

Der Schiedsspruch in der Eisenindustrie.

Unter Vorsitz des Herrn Kossuth fand gestern eine Sitzung des Schlichtungsausschusses, um über die Lohnstreitfragen im Bergbau und der Eisenindustrie zu entscheiden.

Zumal die Beisitzer der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau zur Sitzung nicht erschienen sind, wurde die Lohnstreitfrage im Bergbau ausgeschieden.

Mithin konnte die Lohnstreitfrage im Bergbau nicht geschlichtet werden. Von der Arbeitsgemeinschaft für die Hüttenindustrie sind die Vertreter Kubik, Buchwald und Franke erschienen. Es wurde beschlossen, die Sitzung abzuhalten, die sich sehr in die Länge zog. Um 22,15 Uhr hat der Vorsitzende, Kossuth, den Schiedsspruch verlesen.

Danach bleiben die Löhne in der Hüttenindustrie bis zum 31. März d. Js. unberührt.

Der Schiedsspruch bezieht sich auf die Eisenhütten, O. E. W., Koksanstalten und die chemische Industrie.

Bergarbeiterstreik in Lazisk.

Auf den Gruben: Brade 1, Brade 2 und Alexander 1 ist gestern ein

Proteststreik ausgebrochen.

Die Arbeiter kamen um 6 Uhr zur Frühschicht, hielten eine Belegschaftsversammlung ab und verließen die Gruben. In den Belegschaftsversammlungen wurden Delegationen, eine an den Demobilmachungskommissar und die zweite an den Betriebsrätekongreß gewählt. Die Delegation ist noch gestern beim Demobilmachungskommissar erschienen und hat die Zusage erhalten, daß der Demobilmachungskommissar intervenieren wird. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Die gescheiterten Lohnverhandlungen in Dombrowa-Gornicza.

In Dombrowa-Gornicza fand gestern eine Konferenz der Arbeitgeber mit den Arbeitervertretern statt. Gleich zu Beginn der Konferenz, erklärten die Arbeitgeber,

daß sie von ihren Bedingungen absolut nichts zurücknehmen werden und falls die Arbeiter sie nicht annehmen wollen, dann ist es überhaupt zwecklos zu verhandeln.

Der Vertreter des Zwionzek Gornikow, Bielnik, erklärte darauf,

daß die Arbeiter nicht einmal 1 Prozent von den bisherigen Löhnen preisgeben werden

und werden alle Mittel anwenden, um den Anschlag auf die Löhne abzuwehren. Daraufhin ging die Konferenz auseinander. Der Streik scheint daher unvermeidlich zu sein.

Demoralisierende Wirkung der Wirtschaftskrise auf die Arbeitermassen

Denunziantentum auf den schlesischen Gruben und Hütten — Kriecherei vor den Werksbeamten — Allgemeine Demoralisation und Kulturschwund

Wir entwickeln uns nach dem Osten zu. Diese Tatsache läßt sich nicht mehr bestreiten. Noch vor etlichen Jahren war in allen Kattowitzer Geschäften keine einzige Petroleumlampe aufzutreiben. Sie hat unseren Landsleuten aus Kleinpolen anfangs gefehlt und sie gingen auf die Suche nach den Petroleumlampen, denn die elektrische Beleuchtung schien ihnen zu teuer. Aber sie haben sich bald an das elektrische Licht gewöhnt und jetzt denkt keiner von ihnen an die Petroleumlampe mehr. Dafür denken die schlesischen Arbeiter daran. Die Sache ist wirklich bezeichnend und sie spricht dafür, daß sich unsere engere Heimat nach rückwärts entwickelt. Die Petroleumlampe wird gegenwärtig in den Schaufenstern der Geschäfte ausgestellt. Etwa seit 20 Jahren hat man eine Petroleumlampe in einem Kattowitzer Schaufenster nicht mehr gesehen, und jetzt, nach der direkt phantastischen Entwicklung der Technik, müssen wir erleben, daß die Petroleumlampe zu uns wieder einmal Einkehr hält.

Das haben die schlesischen Gemeinden durch ihre unüberlegte, fortwährende Verteuerung des elektrischen Stromes bewirkt. Sie sind diejenigen, die den schlesischen Arbeitern und Angestellten das elektrische Licht ausgelöscht haben, angeblich um den Arbeitern zu helfen.

Die Petroleumlampe ist eine der vielen Erscheinungen der schrecklichen Wirtschaftskrise. Leider Gottes haben wir eine allgemeine Demoralisierung des Volkes zu verzeichnen.

Was gegenwärtig in den Gruben und Hütten geschieht, erinnert nur zu sehr an die „alten guten Zeiten“, als noch der Gutsherr die erste Nacht nach der Hochzeit seines Lohnsklaven mit seiner jungen Frau beanspruchen durfte.

Die Arbeiter und Angestellten zittern förmlich vor einer eventuellen Reduzierung, denunzieren ihre Arbeitskollegen bei der Verwaltung wegen ihrer politischen Gesinnung und Zugehörigkeit zu der Arbeitergewerkschaft. Erst vor einigen Wochen haben wir ein Schreiben eines Angestellten der Hubertushütte in Hohenlinde an den Demobilmachungskommissar veröffentlicht, in welchem direkt Vorschläge unterbreitet wurden, wer abgebaut und wer nicht abgebaut werden soll. Ein Kollege denunziert den anderen, daß er nicht genügend patriotisch gesinnt ist und deshalb abgebaut werden kann, oder, daß er noch nicht lange genug auf dem Werk beschäftigt ist und deshalb dort nicht hingehört.

Neben der Denunziation wird Gesinnung geheuchelt, die man nicht hat,

um n r bei der Arbeit verbleiben zu können.

Denunziation und Gesinnungsheuchelei ist wohl das Schlimmste, was man sich vorstellen kann, und das ist unserem Volke leider nicht erspart geblieben. Aus den Hüttenwerken der Giesche-Spolka wurde uns ein Fall mitgeteilt, daß ein Arbeiter eine Liste angeblicher Sozialisten und Kommunisten dem Werkführer übermittelt haben sollte, damit die Werksverwaltung bei der Reduzierung gerade diese Arbeiter auf die Straße setzt, weil sie „staatsfeindlich“ sind.

Am schlimmsten ergeht es noch den **deutschgesinnten Arbeitern,** die öffentlich denunziert und ihre Entfernung aus den Betrieben verlangt wird. Zum Glück haben wir noch die Betriebsräte, die sich nicht immer aus Verrückten und hundertprozentigen Patrioten zusammensetzen, und die bei der Reduzierung sich durch andere Gesichtspunkte leiten lassen.

Gegen diese Betriebsräte laufen besonders die polnischen Direktoren und Generaldirektoren Sturm und bezeichnen diese als eine „bolschewistische Einrichtung“.

Denunzianten und schäbige Menschen hat es schon immer gegeben, auch hat es schäbige Gewerkschaften immer gegeben, seit überhaupt die Arbeiterbewegung eingesetzt hat.

Man nannte sie früher „gelbe Gewerkschaften“. Unter „gelbe Gewerkschaften“ verstand man die Arbeiterverräter, und zwar mit Recht, denn diese Gewerkschaften wurden deshalb gegründet, damit sie der Arbeiterschaft in den Rücken fallen, als sie im Kampfe um bessere Arbeits- bezw. Lohnbedingungen standen. Sie waren Verräter und an ihrer Wiege standen die Feinde des proletarischen Emanzipationskampfes, die kapitalistischen Söldlinge.

Nichts hat sich seit dieser Zeit geändert, denn heute haben wir dasselbe, was wir schon früher hatten. Wir haben eine „Arbeitergewerkschaft“, die die Not und das Elend der Arbeiterschaft ausnützt, um groß zu werden. Das ist die Generalna Federacja Pracy. Die geängstigten Arbeiter und Angestellten, die vor dem Abbau zittern, schließen sich dieser Gewerkschaft an, in der Hoffnung, daß sie sich dadurch vor der drohenden Reduzierung retten werden. Und gerade diese Gewerkschaft ist es, die den Arbeitern und Angestellten verspricht, daß sie vor der Reduktion bewahrt werden, so bald sie sich ihr anschließen. Das sind keine leeren Worte, denn das sind Tatsachen. Wir konnten schon viele Briefe dieser Organisation veröffentlichen, die das beweisen. Eine solche Organisation müßte von allen anständigen Arbeitern gemieden werden, der Verachtung sollte sie preisgegeben werden, was leider nicht der Fall ist. Sie trägt die Hauptschuld an der Demoralisierung der Arbeiter und Angestellten.

Wohl haben wir den Demobilmachungskommissar da, der sich beim Abbau der Arbeiter weder nach der nationalen Zugehörigkeit, noch nach der politischen Gesinnung leiten sollte. Leider konnten wir auch hier viele Tatsachen anführen, daß es anders ist. Dafür sprechen auch die

Denunziationsbriefe, die an ihn gerichtet werden.

Jedenfalls warnen wir vor einer solchen „Erziehung“ des Volkes, denn die Folgen sind unabsehbar. Wir verweisen auf Rußland. Als dort 1905 die Revolution ausgebrochen ist, hat die zaristische Regierung die Gefängnisse geöffnet und die Verbrecher und Mörder herausgelassen, die in Hundertschaften eingeteilt und auf die Revolutionäre losgelassen wurden. Sie haben zwar die Revolution im Blute erstickt, aber sie haben 12 Jahre später den Zarismus auch im Blut erstickt und auch alles, was der Sympathie für den Zarismus verdächtigt war. Die Demoralisierung des Volkes müßte unter allen Umständen vermieden werden, denn daraus kommt nichts gutes heraus.

Polnisch-Schlesien

Aus dem Reiche Dolezyks

Wir können nicht umhin, die Zustände, die in der Landgegend unserer Wojewodschaft herrschen, einer Kritik, zu unterziehen. Am schlimmsten sieht es in der Gegend, wo Pan Dolezyk seine Amtswürde zur Geltung bringt, aus. Die gewöhnliche Landbevölkerung ist sehr friedlich. Nur diejenige Sorte „Landbürger“, die sich Aufständische nennen, glauben von sich reden lassen zu müssen und führen allerlei Verbrechen aus, ohne daß sie zur Verantwortung gezogen werden. So wurde in der kleinen Gemeinde Pniowek, bei Golassowitz der Nachtwächter Zywczok von den Aufständischen überfallen. Da es in der Landgegend an Polizeibeamten mangelt, so stellte die Gemeinde noch einen Nachtwächter an. Als Zywczok seinen Dienst ausführte, kam in den Nachtstunden der Aufständische Zymek, mit seinem Freunde, dem Sohne des Gemeindevorstehers Tekla an ihn heran und überfielen denselben. Als sie den Bedauernswerten bearbeiteten, sagten sie folgendes: „Ty pieronski Germanie musisz zginonc.“ Der Sohn eines gewissen Stallmach, brachte den schwerverletzten Wächter nach Hause. Der alte Stallmach weigerte sich, den verletzten Zywczok zum Arzt zu bringen, weil er vor den Banditen Angst hatte. Er befürchtete einen weiteren Ueberfall. Am nächsten Tage begab sich nun Zywczok in Begleitung des jungen Stallmach zur Polizei, damit ein Protokoll aufgenommen wird. Unterwegs treffen sie einen Polizeibeamten von der Pawlowitzer Polizeiwache, die auch für Pniowek zuständig ist und verständigten denselben von diesem Vorfall. Den Polizeibeamten forderten die Beiden auf, zurückzugehen, denn er wird ein Protokoll in der Wohnung aufnehmen, was er auch getan hat. Beim Weggehen sagte er aber, daß dieses Protokoll ungültig ist, denn ein Protokoll muß mit der Schreibmaschine geschrieben werden. Nach zwei Tagen wurde auch wirklich der verletzte Zywczok auf die Polizeiwache Pawlowitz gerufen, wo ihm der Polizeikommandant Stawowy erklärte: „Was, Sie wollen den Tekla klagen?“ Auf eine Antwort ja, so sagte der Kommandant weiter, den Zymek möchten wir schon klagen, denn er hat eine Strafe verdient, aber den Tekla nicht, denn er ist der Sohn des Wojt in Pniowek. Als Zywczok auf einer Anzeige bestand, wurde ihm erklärt, er soll das Protokoll unterschreiben sowie 20 Zloty als Vorschuß hinterlegen. Da Zywczok nicht wußte, was in dem Protokoll niedergeschrieben ist, da dasselbe mit der Schreibmaschine niedergeschrieben war, so konnte er auch kein Protokoll unterschreiben. Nun sind einige Tage nach diesem Vorfall verflossen und der Pawlowitzer Polizeikommandant glaubt ganze Arbeit geleistet zu haben. Sie baut auf die Schüchternheit des Zywczok, daß er alles wieder vergessen wird, wenn seine Wunden geheilt sind. Der Sohn des Gemeindevorstehers hat seine Ehre gerettet und der zweite Aufständische kann von Glück reden, daß der Polizeikommandant ein gnädiges Auge hat. Trotzdem man die Landbevölkerung als schweigsam und friedlich betrachtet, so gibt es doch schon Leute; die solche Zustände nicht übers Herz bringen können, darum der Ruf nach der Gerechtigkeit an eine höhere Instanz! Bemerken möchten wir, daß Pniowek zum Amtsbezirk Pawlowitz zählt, wo der berühmte Dolezyk seines Amtes waltet. Wir glauben aber kaum, daß der Einfluß des Dolezyk so weit reicht, daß auch die Polizei nach seinen Wünschen handelt. Soweit wir den Polizeikommandanten Stawowy kennen, war er anfangs ein sehr vernünftiger Beamte gewesen und keiner konnte sich über ihn beklagen. Hier müssen von seiten der Polizeidirektion energische Schritte unternommen werden, denn dieser Fall ist drastisch und bedarf einer Aufklärung. Unserer Ansicht nach, sind vor dem Gesetz alle Bürger gleich. Der Sohn eines Dorfschulzen ist doch keine so große Persönlichkeit, daß, wenn er ein Verbrechen begeht, unbestraft bleibt. Das muß doch der Pawlowitzer Kommandant wissen. Wir schreiben nicht diesen Artikel, um eine politische Gehässigkeit zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen nur Ordnung und Ruhe, Sicherheit für alle Bürger und Beseitigung der Zustände, die im Reiche Dolezyk herrschen. *

Aerzte und Krankenkassen

Zur Herabsetzung der Aerztehonorare durch die Krankenkassen wurde uns von interessierter Seite folgende Zuschrift gesandt:

Vor einiger Zeit brachte Ihr geschätztes Blatt die Mitteilung, daß bei der Allg. Ortskrankenkasse die Beträge der Mitglieder herabgesetzt, aber auch die Honorare der Aerzte gekürzt werden sollten, letzteres würde vom Oberversicherungsamt verlangt. Hierzu dürften zur Aufklärung der Allgemeinheit einige Bemerkungen zweckmäßig sein, zumal Aeußerungen nicht selten sind, daß die praktischen Kassenärzte ein sehr hohes Einkommen haben müßten, „weil ja immer so viele Patienten da sind“. Diese Schätzung beruht auf der Annahme, daß der Arzt für jede Leistung (Beratung, Einspritzung, Wundbehandlung, Besuche in der Wohnung des Patienten) besonders bezahlt werde, und meist ist das Erstaunen im Publikum groß, wenn es hört, daß der für einen Monat gültige Schein, zu allen für die Patienten erforderlichen Leistungen berechtigt. Für diesen Monats-Krankenschein wurde in guten Zeiten 3 bis 3,50 Zloty gezahlt. In den letzten Monaten ist das ärztliche Einkommen automatisch um etwa ein Sechstel gesunken, da die Zahl der Kassenmitglieder, die die Grundlage für die Berechnung des Arzthonorars bildet, um etwa ein Sechstel zurückgegangen ist. Da außerdem das Honorar, nach einer Verständigung zwischen Kasse und Aerzten, schon um 10 Prozent gekürzt wurde, ist der Wert des Krankenscheines in den letzten Monaten auf ca. 2,50 Zloty gesunken. Wenn

jetzt das Oberversicherungsamt eine weitere Kürzung um 20—30 Prozent verlangt, so würde das zusammen mit der weiteren Abnahme der Zahl der Kassenmitglieder bedeuten, daß der Wert des Scheines auf 2 oder gar auf 1,50 Zl. oder weniger sinken würde. Zirka 40 Konsultationen, Besuche und andere Leistungen würden dann mit etwa 15 Zl. bewertet werden.

Es ist nicht schwer, sich hiernach zu berechnen, welche Arbeit ein Arzt zur Erhaltung seiner mit vielen Spesen belasteten Existenz leisten muß. Ein Vergleich der ärztlichen Tätigkeit mit der der Beamten, ist ganz unmöglich — wir denken dabei an die beschränkte Arbeitszeit der Beamten und ihre Pensionsberechtigung gegenüber der Tag und Nacht dauernden verantwortungsvollen Dienstbereitschaft der Aerzte. Als in der Inflationszeit der Wert des Kassenscheines bei ungeheurer Inanspruchnahme auf 0,05—0,10 gesunken war, meldete sich kein Versicherungs- oder Oberversicherungsamt, das den Arzt vor einer Ausbeutung schützte. Jetzt aber soll, auf Veranlassung der Behörde, eine weitere Kürzung des Arzthonorars erfolgen, obwohl seitens der gut fundierten Krankenkasse ein solcher Schritt nicht beabsichtigt war.

Steuerzahlern zur Beachtung!

Der Finanzausschuß beim schlesischen Wojewodschaftsamt (Wydzial Skarbowy) in Kattowitz teilt mit, daß die Umsatzsteuererklärungen zur staatlichen Gewerbesteuer für das Jahr 1931 bis spätestens zum 15. Februar d. J. bei den einzelnen Finanzabteilungen einzureichen sind. Die Steuererklärungen haben gesondert zu erfolgen und zwar:

1. für jedes Handels- und Gewerbeunternehmen;

2. für jede gewerbliche Beschäftigung, die im Gesetz über die Gewerbesteuer vom 15. Juli 1925 (Dz. U. R. P. Nr. 79 Poj. 580) Anlage zu Artikel 23 der Kategorien 1, sowie 2a und 2b) vorgesehen ist;

3. für jede selbständige freie berufsmäßige Beschäftigung (siehe Artikel 9 des Steuergesetzes).

Nach Ablauf des vorgeschriebenen Termins erfolgt zwangsweise Eintreibung der Steuerbeträge, sowie Bestrafung bis zu einem Geldbetrage von 500 Zloty. y.

Das Wojewodschaftsamt schreibt Offerten aus

Beim „Wydzial Robot-Publicznych (Zimmer 805) im schlesischen Wojewodschaftsgebäude auf der ulica Jagiellonska in Kattowitz können bis spätestens zum 28. d. Mts. Offerten zwecks Ausführung von Installationsarbeiten für Zentralheizungen, sowie Einbau von 435 Fensterrahmen und 538 Türen verschiedener Art am neuen Finanzgebäude in Kattowitz eingereicht werden. Vor Einsendung der Offerten müssen nachstehende Gebühren an die Finanzkasse entrichtet werden und zwar: bei einem Angebotpreis bis zu 100 000 Zloty 5 Prozent, bis zu 500 000 Zloty 4 Prozent und über 500 000 Zloty 3 Prozent. Verspätete Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. y.

Doppelmord im Kreise Pleß

Knecht und Dienstmädchen mit Axt niedergemetzelt.

In den Morgenstunden des vergangenen Sonntags ereignete sich in der Wohnung des Landwirts August Szuster, in der Ortschaft Zawisc, Kreis Pleß, eine schwere Bluttat, welcher zwei Personen zum Opfer fielen. Unbekannte Täter drangen in das Anwesen des Landwirts ein und raubten dort die Summe von 700 Zloty. Als sich den Banditen das 19jährige Dienstmädchen Rosalie Bielasa und der Knecht Stefan Piecha entgegenstellten, wurden diese nach längerem Kampf mit einer Axt erschlagen. Der blutige Vorfall ereignete sich in Abwesenheit des Landwirts und seiner Frau, welche in die Kirche gingen. Als letztere aus der Kirche zurckkehrten fanden sie das Dienstmädchen und den Knecht in einer Blutlache tot vor. Die Axt wurde von den Mördern in der Küche vorgefunden, welche zum Holzhacken usw. Verwendung fand. Die Polizei wurde von dem Doppelmord sofort in Kenntnis gesetzt. Die beiden Toten wurden in die Leichenhalle des nächsten Spitals geschafft. In der Wohnung erschien die Mordkommission, welche die notwendigen Schritte eingeleitet hat. Nach den Mordbuben wird gefahndet. z.

Nachklänge zu den Gewalttaten in Hohenbirken

Ein sehr interessanter Prozeß kam vor dem Landgericht Kattowitz im Kassationsverfahren zum Austrag, in welchem der Fall Hohenbirken nochmals aufgerollt wurde. Zur Verhandlung kam die Beleidigungsklage des Gemeindevorstehers Maciej Bluja gegen den deutschen Vertrauensmann, Schlosser Paul Solich aus Hohenbirken. Solich wurde durch Urteil 1. Instanz in Rybnik wegen Beleidigung bezw. Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, sowie ferner einer Geldstrafe von 1000 Zloty bezw. im Nichtzahlungsfalle zu einer weiteren Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Das Appellationsgericht in Kattowitz bestätigte das Urteil der 1. Instanz jedoch bei Ermäßigung der Geldstrafe von 1000 Zloty auf 450 Zloty. Der Rechtsbeistand des Vertrauensmannes Solich, Advokat Dr. Link erwirkte durch einen Kassationsantrag die erneute Ueberweisung in die erste Instanz. Gegenstand der Klage ist folgender Sachverhalt:

Am 21. November 1930 ereigneten sich in Hohenbirken die bedauerlichen Terrorfälle, in denen die Bojowkamitglieder wie die Wilden in die Behausungen deutscher Minderheitsangehöriger eindrangen, die Wohnungsinhaber in schwerster Weise mißhandelten und zudem großen Sachschaden anrichteten. Auch in die Wohnung des Schlossers Paul Solich stürmten mehrere Täter, die die Inneneinrichtung demolierten, um ihr Mütchen zu kühlen, weil sie an Solich, der sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte, ihre Wut nicht auslassen konnten. Tags darauf erschienen in Hohenbirken Mitglieder der Gemischten Kommission. Anwesend waren u. a. Präsident Dr. Calonder, der Vorsitzende des Deutschen Volksbundes Prinz von Pleß, Geschäftsführer Otto Ulitz, ferner Referendar Januschewski. Auf Befragen soll nun der Geschädigte Paul Solich dem Präsidenten Calonder erklärt haben, daß Gemeindevorsteher Maciej Bluja bestimmt wissen werde, wer den Ueberfall organisierte, da er einen Tag vor den Terrorfällen in Brzezie zu einigen Personen geäußert habe, daß es tags darauf zu einer „haja", d. h. Schlägerei, in Hohenbirken kommen werde. Auf eine Zwischenfrage soll dann der Gemeindevorsteher weiter bemerkt haben, daß man gegen die „zwölf" vorgehen werde. Bekanntlich trug die deutsche Wahlliste die Nummer 12. Paul Solich soll dann in seiner Erregung den Gemeindevorsteher arg beschimpft haben.

Belegschaftsversammlung der Königshütte

Stürmischer Verlauf — Generalstreik gefordert — Entschließung

Das freche, ungesetzliche Vorgehen der Arbeitgeber löste nicht nur in Arbeiter- und Angestelltenkreisen, sondern auch unter der Bevölkerung hellste Empörung hervor. Man scheint sich doch nicht der Tragweite bewußt gewesen zu sein, als man einen solchen Beschluß gefaßt hat und ihn zur Durchführung bringen wollte. Oder glaubte man etwa an dieser Stelle, die den teuflischen Plan ausgeheckt hat, daß die Arbeiterschaft alles so gleichgültig hinnehmen wird? Noch ist nichts erledigt, der Funke glimmt und kann unermeßlichen Schaden für die Allgemeinheit und den Staat bringen, wenn nicht das Vorhaben der Arbeitgeber fallen gelassen und alles beim alten gehalten wird. Denn in der Tat, dem schaffenden Arbeiter kann nichts mehr genommen werden, weil eben nichts mehr zu nehmen ist. Hätten sich gestern die Direktoren, Unruhestifter der Oeffentlichkeit und Provozierer der Arbeiterschaft, die Stimmung der Arbeiterschaft angehört, so würden sie von ihrem Vorhaben sofort ablassen. Aber man spielt bis man einmal ausgespielt haben wird.

Versammlungsverlauf.

Betriebsratsvorsitzender Bochonek eröffnete kurz nach 9 Uhr, die im großen Saale des Hotel „Graf Reden" einberufene Versammlung, gab die Tagesordnung bekannt und erteilte dem Betriebsratsmitglied Wrobel das Wort. Redner behandelte in ruhiger sachlicher Art die Vorgänge in der Weltwirtschaft, das Vorgehen des internationalen Kapitals gegen die Arbeiterklasse, streifte die Politik unserer „Wirtschaftler", ging auf unsere Verhältnisse über, das freche Auftreten des hiesigen Kapitals und auf den Verlauf des letzten Betriebsrätekongresses. Seiner Auffassung nach, hätten die Gewerkschaften wieder einmal ordentlich zurückgesteckt und sich einseifen lassen.

Als zweiter spricht Kollege Smieskol in deutscher Sprache und schildert den Verlauf der letzten Jahre für die Arbeiterschaft, die Verschwendung der Lebensmittel und ihre Vernichtung, geht auf unsere Export- und Importverhältnisse ein, den geringen Verbrauch im Inlande infolge der großen Verteuerung der Artikel und Erzeugnisse, bespricht unsere Verhältnisse, den letzten Betriebsrätekongreß und kommt zu der Feststellung, daß es der Arbeiterklasse viel besser gehen könnte, wenn sie gegenüber dem Kapital einig und geschlossen dastände.

Nach diesen Referaten setzte eine lebhafte, zum Teil sehr stürmische Aussprache ein, in der sich über 20 Mitglieder der Belegschaft beteiligten. Das Vorgehen der Arbeitgeber wurde auf das schärfste verurteilt und sie als „Blutegel" der Arbeiterschaft bezeichnet. Verschiedene Redner forderten die sofortige Beschließung des Generalstreiks, weil nur noch dieser Schritt eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft bringen kann. Man will sich nicht mehr länger provozieren lassen und verlangt von den Behörden ein energisches Einschreiten. Man stand auf dem Standpunkt, daß nichts mehr zu verlieren sei und man zu allem bereit sei. Ein Redner forderte die sofortige Gründung eines Streikkomitees über die Gewerkschaften hinaus und sofortige Aktionsentfaltung. Anderseits gab es auch wiederum besonnene und gemäßigte Anwesende, die erst die kommenden Verhandlungen abwarten wollen, um dann im nichtbefriedigendem Maße, in Tätigkeit zu treten. Nach der Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die am 24. Januar 1932 im großen Saale des Hotel „Graf Reden" in einer Stärke von über 3800 Mann versammelte Belegschaft der Königshütte protestiert auf das energischeste gegen den vorgenommenen Anschlag des Kapitals und verlangt von den staatlichen Behörden:

1. Die sofortige Zurückziehung der Kündigungen der Belegschaft.

2. Die Belegschaft wird sich nicht, auch auf die geringste Kürzung der bisherigen Löhne einigen und versichert den maßgebenden Instanzen, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden wird, um eine Herabsetzung der schon jetzt nicht mehr zum Leben ausreichenden Löhne zu verhindern.

3. Die Belegschaft verlangt von den Behörden die Einsichtnahme in die Verwaltung der Schwerindustrie zwecks Feststellung der hohen Verwaltungskosten und Herabsetzung der überhohen Gehälter der Direktoren und außertariflich bezahlten Beamten, denn nur dieses sind die Faktoren, die den Verfall der Industrie gebracht haben.

4. Die Belegschaft protestiert gegen die geplante Schließung mancher Betriebe der Königshütte und verlangt von den Behörden, die Erteilung von Auftägen, damit diese Betriebe weiter aufrecht erhalten werden können. Denn nur durch den Beschäftigungsstand kann die Erhaltung der Arbeiterfamilien gewährleistet werden.

5. In Verbindung damit, fordert die Belegschaft von den Behörden die Gewährung von Unterstützungen für alle diejenigen Arbeiter, die weniger als den halben Monat beschäftigt werden, um den Unterhalt ihrer Familien bestreiten zu können. Die bisherigen minimalen Verdienste reichen kaum aus, um die sozialen Beiträge in Abzug zu bringen.

6. Die Belegschaft trachtet danach, daß die Administrationskommission zur Untersuchung der Wirtschaft in der Schwerindustrie, die Zuziehung der Betriebsräte veranlassen möge, weil diese die auf den Hütten bestehenden Verhältnisse genau kennen und ausführliche Auskünfte erteilen können.

Somit fand die stürmische Versammlung nach 4stündiger Dauer ihr Ende. m.

Advokat Dr. Link beantragte auf der Sonnabend-Verhandlung die Vorladung einer Reihe von Zeugen, welche bestätigen sollen, daß der Gemeindevorsteher einen Tag vor den Terrorakten äußerte, daß es in Hohenbirken zu schweren Auftritten gegen die Deutschen kommen werde. Laut Gerichtsbeschluß soll ferner eine protokollarische Erklärung des Präsidenten Calonder in dieser Sache eingeholt werden. Der Prozeß kam daher zur Vertagung. y.

Kattowitz und Umgebung

Gerichtliches Nachspiel zu dem bekannten Pietsch-Prozeß.

Ein Nachspiel zu dem großen Pietsch-Prozeß, der inzwischen eingestellt worden ist, ist die Meineidsache Ligon, die am gestrigen Montag vor dem Landgericht Kattowitz zum Austrag kommen sollte. Ligon trat im Pietsch-Prozeß s. Zt. als Entlastungszeuge für Oberschichtmeister Pietsch und den Privatbeamten Nickel auf. Nach seiner Darstellung unter Eid soll, von seiten der Angeklagten, welche damals nach Sprengung der, in der Reichshalle in Kattowitz abgehaltenen Versammlung der Deutschen Wahlgemeinschaft bei der Polizei intervenierten, kein Widerstand geleistet und auch der Ausdruck „Polnische Wirtschaft", nicht gefallen sein. Der Anklagevertreter im Pietsch-Prozeß wies die Aussagen des Zeugen Ligon damals als unglaubwürdig zurück, mit dem Hinweis, daß sie angeblich mit den Aussagen anderer Zeugen im Widerspruch standen. Zugleich wurde ein Antrag, auf Einleitung eines Strafverfahrens, wegen Meineidverdachts angekündigt.

Auf Grund des eingeleiteten Strafverfahrens sollte sich nun jetzt Zeuge Ligon vor Gericht verantworten. Dessen Verteidiger, Advokat Dr. Ziolkiewicz, stellte Antrag, auf Anforderung der Prozeßakten, aus denen zu ersehen sei, daß er, der Advokat, in dem fraglichen Prozeß Pietsch Antrag auf Einleitung eines Meineidverfahrens gegen den Polizeibeamten Rozycki gestellt habe. Diese Angelegenheit, die mit der Prozeßsache gegen Ligon konform gehe, sei bis jetzt nicht entschieden worden. Der zweite Antrag lautete auf vorläufige Einstellung der Prozeßsache Ligon und Vorladung einer Reihe von Zeugen, zur Erhärtung der damals, von Ligon, gemachten Aussagen. Das Gericht lehnte den Antrag auf vorläufige Einstellung zwar ab, berücksichtigte aber die anderen Anträge des Verteidigers, auf Anforderung der Prozeßakten und Vorladung von Zeugen. Die Prozeßsache Ligon kam daher zur Vertagung. y.

Nächtlicher Geschäftseinbruch. In der Nacht zum 20 d. Mts. wurde in das Zigarrengeschäft des Franz Farazim auf der ulica Mlynska 4 in Kattowitz ein Einbruch verübt. Die Täter zertrümmerten die Glastür und drangen so in das Innere ein. Gestohlen wurden u. a. eine Menge Rauchwaren, sowie ein Geldbetrag von 80 Zloty. Der Gesamtschaden wird auf 400 Zloty beziffert. x.

Zalenze. (Unerwünschter „Besuch".) Arg geschädigt wurde der Ingenieur Wladislaus Krajewski, von der ulica Wojciechowskiego 59, im Ortsteil Zalenze, welchem aus der Wohnung ein kostbarer Damenpelz (Boa), im Werte von 1000 Zloty, gestohlen wurde. Dem Wohnungsmarder gelang es mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt! x.

Eichenau. (Beim Kohlengraben verunglückt.) Die große Not in der sich die Arbeitslosen befinden, treibt die Bedauernswerten zu allerhand Erwerb. Die meisten von ihnen gehen Kohlen graben. In Eichenau puddeln hunderte von Arbeitslosen in dem Sandversatzschacht. Die Arbeit ist sehr gefährlich und mit Lebensgefahr verbunden. Am gestrigen Nachmittag wurde ein gewisser Gsell Friedrich in einem der Kohlenlöcher verschüttet. Seinen Kameraden ist es gelungen den Verunglückten aus seiner Lage zu befreien. Mit Rippenbrüchen und verletztem Kreuz wurde G. zum Arzt geschafft. Die Polizei hat das weitere Graben verboten. Auf wie lange ist fraglich, denn die Not treibt die Arbeitslosen weiter zu der gefährlichen Arbeit.

Königshütte und Umgebung

Wieder Falschgeld. In der Stadt wurden in den letzten Tagen wiederholt falsche Geldstücke in Umlauf gesetzt. Trotz der eifrigen Nachforschungen nach den Tätern, konnten diese noch nicht ausfindig gemacht werden. m.

Frecher Gelddiebstahl. Ein gewisser Roman Biegus von der ulica Luka 14, verübte in der gestrigen Nacht auf dem Königshütter Personenbahnhof einen dreisten Gelddiebstahl. Durch das offene Fenster eines Fahrkartenschalters entwendete er aus der Handkasse einen Betrag von 142,90 Zloty. Eine gewisse Augustinlok leistete ihm hierbei Rückendeckung. Der Schalterbeamte bemerkte noch rechtzeitig den Diebstahl und ließ die Verfolgung aufnehmen, die von Erfolg begleitet worden war. Es gelang zunächst, die Frauensperson und dann den B. festzunehmen. Beide wurden der Gerichtsbehörde übergeben. m.

Lasset die Wohnungen nicht allein! In den Abendstunden des letzten Sonntags verschafften sich Unbekannte, mittels Nachschlüssels, Eingang in die Wohnung der Frau Pauline Grauner und entwendeten zum Schaden ihrer Schwester, Klara Scheithauer einen Pelzmantel im Werte von 800 Zloty, den die Sch. zufällig in der Wohnung ihrer Schwester zurückgelassen hat. m.

Wohnungseinbruch. In die verschlossene Wohnung des Hüttenarbeiters Paul Przybisch an der ulica Pudlerska, drangen Unbekannte ein, entwendeten dem Wohnungsinhaber sämtliche Ersparnisse in Höhe von 500 Zloty und verschwanden in unbekannter Richtung. — Einer gewissen Anastasia Nalepa von der ulica Mielenskiego wurden 50 Zloty gestohlen. m.

Einbruch vom Keller aus. In der gestrigen Nacht gelangten Unbekannte, durch Ausstemmen eines Loches, vom Keller aus in die Gasträume des Gastwirts Richard Kasprzyk an der ulica Bytomska 85. Ungestört packten sie Liköre, Zigaretten, Schokolade und andere Lebensmittel, im Werte von mehreren hundert Zloty ein und verschwanden unerkannt. m.

Vom Kinderheim in Orzesche. Der letzte Kindertransport (30 Knaben) nach dem Königshütter Kinderheim in Orzesche hatte einen vollen Erfolg aufzuweisen. Nach vierwöchentlicher Erholung hatten alle Knaben eine merkliche Gewichtszunahme zu verzeichnen. Insgesamt betrugen die Gewichtszunahmen 79,50 Kilo oder durchschnittlich 2,65 Kilo. m.

Siemianowitz

Gemeindevertretersitzung in Siemianowitz.

Die, gestern um 6 Uhr abends abgehaltene, Sitzung wurde in einem Tempo abgewickelt, wie man es sonst bei den Gemeindevertretern nicht gewöhnt war.

Die Tagesordnung bot den Fraktionen keine Gelegenheit zu großen Debatten, und in einer guten halben Stunde war das ganze Material aufgearbeitet.

Punkt 1, behandelte die Verstaatlichung des Kommunalgymnasiums. Das Gymnasium, wo auch das Mädchenlyzeum untergebracht ist, bildet eine finanzielle Belastung für die Gemeinde. Durchschnittlich 90 000 Zloty hat die Gemeinde im Jahre Zuschuß zu leisten. Bei der Uebernahme des Gymnasiums durch den Staat soll aber das Mädchenlyzeum weiter der Gemeinde verbleiben. Zu diesem Zwecke wird dieses in die

Schule Piramowicza, auf der Schloßstraße, übergeführt. Die Kosten für die Unterhaltung des Lyzeums werden zirka 35 000 Zloty betragen, so daß die Gemeinde durch die Verstaatlichung eine Ersparnis von über 50 000 Zloty jährlich haben wird.

Zu Punkt 2: Die Gemeinde hat die Ausgaben für einmalige Unterstützungen an die Arbeitslosen und Armen um 18 000 Zloty überschritten. Der Antrag des Bürgermeisters auf Nachbewilligung dieser Summe wurde debattelos bewilligt.

Im dritten Punkt wurden 5860 Zloty, welche bei der Abfuhr der Winterkartoffeln für die Arbeitslosen und Armen mehr verausgabt worden sind, ebenfalls debattelos nachbewilligt.

Bei Punkt 4 wurde vom Bürgermeister der Antrag, auf Nachbewilligung von 17 122,60 Zloty, gestellt. Durch Erhöhung der Weihnachtsunterstützung an die Arbeitslosen und Ortsarmen, ist die, hierzu bewilligte, Summe von 34 122 Zloty und die fraglichen 17 122,60 Zloty überschritten worden. Auch dieser Antrag wurde ohne Aussprache genehmigt.

Bei Punkt 5, wurden vom Bürgermeister die, nach Dz. VI. § 19, Poj. a, überschrittenen Kosten für Lehrmittel für das Gymnasium, bekanntgegeben und genehmigt.

Zu Punkt 6 wurden die Administrationskosten für die Verwaltung des Arbeitslosenfonds, welche an und für sich geringfügig sind, anstandslos angenommen

Punkt 7 betraf Anträge. Die sozialistische Fraktion stellte einen Antrag, den Arbeitern der Fitznerschen Fabriken, welche nur eine Schicht in der Woche arbeiten und keine Deputatkohle erhalten, gemeindeseitig ebenfalls die Kohle zu gewähren, welche die Arbeitslosen erhalten. Vom Bürgermeister wurde in diesen Fällen die möglichste Unterstützung zugesprochen.

Der letzte Punkt, welcher Personalfragen behandeln sollte, würde fallen gelassen, da hierzu noch die notwendigen Informationen fehlen. Die Annahme, daß die gestrige Sitzung die letzte vor den Neuwahlen sein sollte, bewahrheitet sich nicht, denn es verlautet, daß im Februar noch eine Sitzung sein wird.

Rigorose Sparmaßnahmen der Spolka Bracka. Die Grubeninvaliden und Witwen haben bei der gestrigen Auszahlung der Renten, zum ersten Male den 10prozentigen Abzug zu spüren bekommen. Es ist schon recht traurig bestellt, wenn sich die Knappschaft an den Hungergroschen der Aermsten vergreift, während die Direktoren ihre Bezüge dauernd erhöhen konnten. Auch noch andere Ersparnisse sind in der Knappschaft vorgenommen worden. Aerztliche Behandlung und Heilmittel werden auch nicht mehr in dem Maße, wie früher, gewährt, sondern müssen, zum Teil, von den Kranken gezahlt werden.

Von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. In vergangener Woche hatte sich der Oberhäuer Barchanski vom Richterschacht, wegen fahrlässiger Tötung, zu verantworten. Er beauftragte den Bergmann Scheliga mit dem Verbauen einer Strecke, wobei er durch Zubruchegehen getötet wurde. Da dem Oberhäuer eine Fahrlässigkeit in diesem Falle nicht nachgewiesen werden konnte, kam das Gericht zu einem Freispruch.

Eine Diebesecke. Eine recht günstige Ecke, wo schon mehrfach Einbrüche und Diebstähle getätigt wurden, ist die Gegend um das Kino „Apollo" herum. In die Turnhalle des deutschen Gymnasiums ist schon wiederholt, zuletzt wieder in vergangener Woche, eingebrochen worden. Im Berg- und Hüttenkasino sind in vergangener Woche aus der Toilette Spiegel und anderes verschwunden. Im Kino ein Motor und Ventilator. Die Diebe müssen ziemlich vertraut sein mit den Verhältnissen, und es dürfte nicht schwer fallen, diese einmal zu erwischen.

Diebstahlschronik. Bei einem Vergnügen im hiesigen Orte verschwand aus der Garderobe ein Mantel zum Schaden eines Vergnügungsteilnehmers. Der Verlust beträgt ca. 80 Zloty, den zweifellos die Garderobeninhaberin ersetzen muß. — Aus der unverschlossenen Wohnung der Frau Dewior von der Beuthenerstraße entwendete ein nicht ermittelter Wohnungsdieb 2 goldene Ringe, eine Herrenuhr und ca. 15 Zloty Bargeld. Die Geschädigte, eine arme Witwe, verlor dadurch ihr ganzes Vermögen.

Hohenlohehütte. (Durch eigene Schuld unter die Straßenbahn geraten.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Königshütter Chaussee in der Nähe des Ortsteils Domb. Dort wurde der 50jährige Heinrich Kolisz aus Hohenlohehütte von einem Straßenbahnwagen angefahren und verletzt. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft, wurde der Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus eingeliefert. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen soll der Verletzte die Schuld an dem Unfall selbst tragen, welcher beim Ueberschreiten des Straßenbahngleises nicht vorsichtig genug war. x.

Myslowitz

Stadtverordnetenversammlung in Myslowitz. Am kommenden Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, tagt die Stadtverordnetenversammlung im Sitzungssaal des Rathauses zu Myslowitz. Zur Beratung kommen u. a.: Die Wahl des Stadtverordnetenbüros, der städt. Kommissionen und Deputationen, der Abteilung für die Arbeitslosen, Bewilligung von Zusatzkrediten für ausgeführte Arbeiten, beim Bau der Schweinehalle der Zentralna Targowica, der Ausgaben für Wasserrevisionen, der Bolina und Przemsa, sowie der Abflüsse der Zentralna Targowica, die Kinobillettsteuer, Bewilligung einer Subvention für das Salesianerinstitut, Ankauf von Grundstücken, Vorenthaltung des 15-prozentigen Zuschusses an die Kommunalbeamten usw. —h.

Ausgabe von Bons für freie Winterkohle. Der Myslowitzer Magistrat gibt bekannt, daß die Bons für freie Winterkohle an die in Frage kommenden Arbeitslosen am Mittwoch, den 27. d. Mts., im Zimmer 7 des Magistrats erfolgt. Es kommen nur diejenigen in Frage, die bei der letzten Registrierung vornotiert wurden und denen eine Zuweisung der freien Winterkohle für die Zeit vom 1.—31. Januar dieses Jahres zusteht. Die Ausgaben der Bons erfolgt in nachstehender alphabetischer Reihenfolge: von 9—10 Uhr Buchstabe A—H, von 10—11 Uhr I—M, von 11—12 Uhr N—R, von 12—13 Uhr Buchstabe S—Z. Die Abnahme der Kohle bei der Myslowitzgrube hat bis zum 10. d. Mts. spätestens zu erfolgen, worauf besonders hingewiesen wird. —h.

Wichtig für Kriegsinvaliden. Nach einer Bekanntmachung des Myslowitzer Magistrats und der Gemeindeverwaltung Rosdzin-Schoppinitz wird in Niepolomice, Wojewodschaft Krakau, ab 1. September d. Js. ein Kursus für Kriegsinvaliden, die sich als Waldhüter und Heger ausbilden wollen, abgehalten. Die Interessenten können sich mit einem Gesuch an das Wojewodschaftsamt in Krakau wenden, allerdings mit Innehaltung des Dienstweges, d. i. durch den Magistrat oder den Gemeindevorstand. Diesbezügliche Informationen erteilt der Myslowitzer Magistrat in Zimmer Nr. 7 des Rathauses, der Gemeindevorstand in Rosdzin-Schoppinitz im Zimmer 2, worauf besonders hingewiesen wird. Gesuche sind bis zum 10. April d. J. abzugeben. —h.

Slupna. (Eisenbahner unter Güterzug geraten und schwer verletzt.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Imielin und Kostow. Dort stürzte plötzlich aus dem Wächterhäuschen eines Güterwaggons der Eisenbahner Konstantin Rückert aus Slupna und kam unter den Güterzug zu liegen. R. wurde das rechte Bein abgefahren. Ebenso erlitt R. sehr schwere Quetschungen an der rechten Hand. Mit dem Güterzug wurde der Schwerverletzte in das nächste Krankenhaus eingeliefert, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet. x.

Schwientochlowitz u. Umgebung

4 500 Zloty aus einem Küchenbüfett gestohlen. Mittels Einbrecherwerkzeug drangen unbekannte Spitzbuben in die Wohnung des Grubenarbeiters Thaddäus Panke auf der ul. Fogta 9 in Schwientochlowitz ein und stahlen aus einem Büfett die Summe von 4 500 Zloty, welche dort aufbewahrt worden ist. Es handelt sich um 100-, 50- und 20-Zloty-Banknoten. Nach den Tätern wird gefahndet. x.

Bismarckhütte. Bruderliebe eines Steigers.) In Neu-Heiduk, auf der ul. Mickiewicza 15, wohnt der Steiger F. G. Dieser gute Mann hat neben seiner Beamtenwohnung ein Haus nach dem Tode seines Vaters übernommen. Der Steiger, zugleich Hausbesitzer, hat sich natürlich auch in diesem Hause wohnlich niedergelassen. Dortselbst wohnt auch sein jüngster Bruder. Der Bruder ein armer Bergarbeiter, hat Frau und 2 Kinder, während der Steiger kinderlos ist. Da nun der Lohn sehr karg ist, versucht sich der Bruder mit seiner Familie mit Nebenarbeit durchzuschlagen. Als gelernter Schuhmacher benutzt er die Feierschichten dazu, um in der Wohnung zu schustern. Dies kann scheinbar der gute Steiger nicht vertragen und möchte den Bruder aus der Wohnung heraus haben. So sieht die Bruderliebe aus. Die Frau des Steigers ist auch nicht viel besser. So ist ihr alles im Wege. Am liebsten möchte sie einen Mieter nach dem andern auf die Straße setzen. Die Mieter von diesem Hause wissen auch von einem Geist zu erzählen. So hörte man des öfteren in den Nachtstunden mit den Haustüren herumschlagen, desgleichen im Hausflur herumlungern. Nachdem man den Geist entdeckt hatte, trat sofort Ruhe ein. Die Mieter werden gut tun, falls der Geist noch einmal erscheinen sollte, einen Hamulles in die Hand zu nehmen, und dem Geist den Buckel tüchtig vergerben.

Friedenshütte. (Streut die Straßen.) Die gegenwärtige Glätte auf den Straßen ist für die Pferde eine wahre Qual. Fast täglich kann man beobachten, wie Pferde auf den glatten Asphaltstraßen stürzen. Ein solcher Fall passierte auch am Donnerstag in den Nachmittagsstunden. Ein mit 2 Pferden bespannter Rollwagen kam von Schwarzwald die ulica Pilsudskiego heraufgefahren. Plötzlich stürzte eines der Pferde. Alle Mühe, daß Tier hochzubringen waren vergeblich. Erst nachdem man dem Pferde Asche unterstreute und Decken unterlegte, war es möglich, mit Hilfe von Straßenpassanten das Tier hochzubringen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde die Asphaltstraßen mit Asche beschütten ließe.

Pleß und Umgebung

Panewnik. (Für 1 000 Zloty Herren- und Damengarderobe gestohlen.) Zur Nachtzeit wurde in die Wohnung des Alois Toport in Panewnik ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen in Abwesenheit des Wohnungsinhabers Damen- und Herrengarderobe, sowie Unterwäsche, im Werte von 1 000 Zloty. x.

Pawlowitz. (Von Wilderern angeschossen.) In der Nacht zum 23. d. Mts. erschienen drei Wilderer auf dem Anwesen des Wilhelm Gatner in der Kolonie Pawlowitz. Plötzlich erschienen der Wohnungsinhaber, in Begleitung eines gewissen Wilhelm Liberda und forderten die Drei auf, „stehen zu bleiben". Die Wilderer ergriffen die Flucht. Unterwegs feuerte einer der Täter aus einem Jagdgewehr einen Schuß ab und verletzte damit Gatner in der Brust und der linken Hand. Den Wilderern gelang es, unerkannt in dem nahen Wald zu entkommen. Weitere Untersuchungen nach den Flüchtigen sind im Gange. x.

Rybnik und Umgebung

Von Einbrechern mit Messern sehr schwer mißhandelt.

In der Nacht zum 23. d. Mts. wurde in die Stallungen des landwirtschaftlichen Arbeiters Vinzent Flaczynski, in der Ortschaft Alt-Dubensko, eingebrochen. Die Täter stahlen dort zusammen 11 Hühner und 3 Enten. Die Einbrecher wurden aber von dem Hauseigentümer und Bestohlenen bemerkt, welcher mit einer Hacke den Tätern nachlief. Unterwegs warfen sie 8 Hühner und eine Ente von sich, um auf solche Weise schneller fortzukommen. Flaczynski nahm aber weiter die Verfolgung auf und versetzte einem der Einbrecher einen so wuchtigen Schlag mit der Hacke, daß der Getroffene zusammenbrach. Daraufhin stürzten sich die Mithelfer auf Flaczynski und versetzten ihm mehrere Stiche mit einem Taschenmesser in die Herzgegend. Den Tätern gelang es, nach der Tat unerkannt zu entkommen. Der Verletzte wurde, nach Anlegung eines Notverbandes an Ort und Stelle, sofort nach dem nächsten Spital geschafft. Nach den Flüchtlingen wird polizeilicherseits gefahndet. x.

Tarnowitz und Umgebung

Strzybnia. (Um 1200 Zloty geschädigt.) In den Hüttenkonsum der Ortschaft Strzybnia, Kreis Tarnowitz, wurde eingebrochen. Die Eindringlinge stahlen u. a. 120 Tafeln Schokolade, 3 Kisten Zigarren, sowie eine Menge Zigaretten. Außerdem entwendeten die Täter aus einer Geldkassette die Summe von 500 Zloty. Der Gesamtschaden wird auf 1 200 Zloty beziffert. x.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

29)

Ein trotziger Zug huschte über ihr Gesicht.

„Ach so...!"

Schien es nur so oder lag wirklich Hämischkeit in dem Ton, in dem das Kind diese Worte sagte?

Aber wie sollte Gisela dazu kommen, hämisch zu sein? Gisela, das Kind, gegen ihren geliebten Freund, gegen ihre heißverehrte „Mama Elisabeth?"

Lächelnd streckte Werner Ley der Kleinen die Hand entgegen. Sie legte die ihre zögernd hinein. Er zog sie neben sich auf die Bank.

Sie war so schön, diese kleine Patientin, doppelte schön jetzt, in ihrem einfachen, weißen Kleidchen aus Musseline, ohne andere Verzierung als einen roten Gürtel um die schmalen Hüften. Die Gertenschlankheit ihrer unentwickelten Jugend wurde durch diese Schlichtheit rührend betont.

Das Kind, das sie beide liebten, hatte dennoch beide aus süßem, gefährlichem Traum, in dem sie zu versinken drohten, geweckt.

Sie schwiegen alle.

Jeder sah nachdenklich vor sich hin.

Ich könnte ihr ja nicht einmal eine Existenz bieten!, dachte bitter der Mann.

Mit meiner Arbeit — wie gut könnte ihn und mich ernähren, auch wenn ich nicht mein kleines Vermögen hätte!, sagte sich die Frau, dennoch in herbem Verzicht, weil ein Nichtverzichten-Wollen Verrat bedeutet hätte an einem, dem sie zu viel dankte, um es je vergessen zu können. Was soll mir Reichtum? Ich frage so gar nichts nach dem, was er gibt.

Und das Kind, zornig und voll mißtrauischer Eifersucht, fragte sich: Treffen sie sich? Treffen sie sich öfters? Treffen sie sich hier?

Der Zauber war gebrochen

„Ich will nun gehen! Ich habe mich besser ausgeruht hier im Freien, als wäre ich auf meinem Zimmer gewesen."

„Sie hatten viel zu tun heute morgen?"

„Viel und Schweres. Das Schwerste ist mir immer doch und noch das — Ekle."

„Daß Sie das können? War es nicht furchtbar, das Studium?"

„Oh!, man rettet sich in die Sachlichkeit!"

„Ist das möglich für eine Frau?"

„Für eine Frau, die den Beruf fühlt..."

„Zu helfen?"

„Zu heilen! Mehr als nur körperliches Leiden..."

„Das der Seelen?"

„Soziale Not! Jeder Arzt sollte ein Vorkämpfer wirtschaftlicher Neuordnung sein!"

„Also Wohltaten!"

„Nein! Die freiwillige Verantwortung der Bevorzugten."

„Ich halte das für unmöglich. Auch in den sogenannten Bevorzugten lebt ein Gefühl der Minderwertigkeit, das sie zum Machtwillen aufpeitscht."

„Warum sprecht ihr über Dinge, von denen ich nichts verstehe?"

„Weil wir erwachsen sind — und du, Gisela, ein Kind."

Gisela zog ein Mäulchen.

„Aber es langweilt mich."

„Gisela ist sehr verwöhnt, Herr Ley. Sie ist die älteste Patientin des Sanatoriums."

„Ich weiß. Ich kenne unsere Gisela schon recht gut, obwohl ich ein noch ganz junger Patient bin, ein Babypatient, der Zeit meiner Anwesenheit nach."

„Nun aber muß ich wirklich gehen", sagte Elisabeth Degeener, mit leisem Seufzer. „Es war so schön hier."

Ihr Ton verriet mehr als sie ahnte.

Sie empfand seinen Blick auf ihrem Antlitz und hütete sich ihm zu begegnen.

Sie reichte ihm leicht die Spitzen ihrer Finger.

Ganz unwillkürlich und ungewollt versuchte er, sie fester zu umschließen, doch sie entzog sie ihm schnell.

Flüchtig liebkosend strich Elisabeth Degeenr Gisela über die dunklen Locken.

Die Kleine wich dieser Liebkosung aus durch ein heftiges Aufwerfen des Kopfes, so gut es ging.

Elisabeth grüßte noch einmal zu Ley hinüber — dann schritt sie davon. Wenige Schritte nur und die Wendung des Weges entzog sie den Blicken der beiden Zurückbleibenden.

„Magst du sie eigentlich leiden, diese Frau Doktor Degeener?" fragte Gisela, sobald Elisabeth außer Hörweite zu sein schien.

Ley lächelte.

„Inquisitor..."

„Sie ist ja gut, gewiß. Aber so plump, wie sie geht! — So muß man schreiten!"

Und Gisela, aufspringend, wiegte sich nicht ohne Koketterie in graziös schwebendem Schritt vor Ley.

Kleines Weib!, dachte Ley lächelnd, die Motive des Kindes durchschauend.

„Du", sagte er, „flatterst wie ein Schwälblein, Exzellenz Degeener zieht dahin wie ein majestätischer Schwan durch die Fluten des Sees."

„Und was magst du lieber — die Schwäne oder die Schwalben?"

Ley lachte.

„Evastochter!"

„Uebrigens — du mußt Liegekur machen!"

„Nett, daß du den Aerzten etwas hilfst."

Nun lachte Gisela.

„Diese Deutschen sind alle so plump!"

„Auch ich bin ein Deutscher!"

„Ach du! Du bist ein schöner Mann!"

„Ich fühle mich sehr geschmeichelt! Nur, weißt du, Schönheit macht nicht satt."

„Ich meinte die Frauen", fuhr die Kleine fort. „Doktor Degeener ist so groß und stark und langsam wie ein Mann. Und dann auch diese Adelgunde Knacke."

„Sie ist Alanders Braut! Respekt, Gisela!"

Nun lachte Gisela silbern.

„Du, Doktor Alander hat mich gefressen!"

„Warum?"

„Wohl, weil ich morgen Abend dabei sein darf."

„Hat man es dir wirklich gestattet, Quälgeist?"

„Ja, Onkel Hannes! — Ich habe ihm keine Ruhe gelassen Er hat erst die Degeener gefragt. Na, und die hat denn gesagt: ‚Man zu!'"

„Und du bist ihr nicht dankbar?"

„Was will sie von dir? Du, die ist bestimmt in dich verliebt!"

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz und Umgebung

Etwas vom Sparen.

Die langandauernde Wirtschaftskrise zwingt einen großen Teil der Menschheit zur größten Einschränkung. Jede nur irgendwie zu vermeidende Ausgabe wird im Haushalt einer Arbeiterfamilie gestrichen, da die Mittel ohnehin schon so knapp sind, daß es kaum noch auf Salz und Brot reicht! Wie oft lesen wir in den Tagesblättern von den vielen Bettlern, von Selbstmorden aus Not und von Diebstählen! Diese Erscheinungen sind bei normalen Zeiten niemals zu verzeichnen gewesen. Sie sind der beste Beweis der großen Notlage. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß zur Ankurbelung der Wirtschaft es zunächst das Notwendigste ist, für reichliche Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Die arbeitende Masse muß konsumfähig gemacht und auch erhalten bleiben, denn: **Hat der Arbeiter ein Geld, dann hats auch die ganze Welt!** Die notwendigen Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft müssen von jenen Riesenbeträgen genommen werden, die für den unproduktiven Militarismus jahraus, jahrein, hinausgeworfen werden. **Wenn gespart werden soll, dann soll rechtausgiebig bei diesen unproduktiven Ausgaben gespart werden.** Aber von dieser vernünftigen Sparmaßnahme wollen die gegenwärtig Herrschenden nichts wissen! Sie empfehlen dem armen, ausgehungerten Volke — welch ein Hohn! — noch mehr zu sparen, damit Geld zur Belebung der Wirtschaft da ist! —

Vom Schulinspektorat wurde ein Rundschreiben an sämtliche Schulleiter gerichtet, damit die Klassenlehrer die Schulkinder zum Sparen anhalten, ja sogar einen Druck auf die Kinder ausüben, **daß sie von zu Hause Geld verlangen und in die Sparbüchsen einlegen!** Wir sind zwar auch der Ansicht, daß Kinder, welche irgend ein paar Groschen von irgendwo erhalten, daß diese nicht für unnütze Dinge ausgegeben werden. Aber einen Druck ausüben, daß die Kinder unter allen Umständen von zu Hause Geld aufbringen müssen für die Sparbüchsen, das ist denn doch zu stark! Glauben denn die Anordner solch unsinniger Verfügungen, daß in den Landgemeinden lauter Fabrikantenkinder die Schulen bevölkern?! Die Arbeitslosigkeit nimmt doch schon solch verheerende Formen an, daß die arbeitslosen Arbeitereltern ihren Kindern nicht einmal ein warmes Essen geben können, und vielmal nur ein Stückchen trockenes Brot dem Kinde in die Schule mitgeben. Die Bekleidung und Beschuhung läßt noch alles zu wünschen übrig, weil die Arbeitereltern aus Mangel an Geld diese notwendigen Sachen nicht anschaffen können. Da mutet man diesen ausgesprochenen Bettlern noch zu, daß sie noch „sparen" sollen?! Sind denn diese Wirtschaftspolitiker, die solch einen Blödsinn verlangen, direkt taub und blind, daß sie die Hungerschreie nicht hören und das Elend nicht sehen?!

Diese famosen Wirtschaftspolitiker sollten sich lieber darum kümmern, daß diese armen Kinder wenigstens den Hunger stillen können, denn das hungrige Kind kann keinen Lerneifer entwickeln! Ferner müssen diese Kinder vor Unterernährung geschützt werden, denn diese sollen doch die zukünftige Generation bilden! Was für ein neues Geschlecht soll denn das werden, wenn die Kinder in der besten Entwicklungszeit alles entbehren müssen. Solch unterernährte Kinder tragen schon im zartesten Alter den Todeskeim in sich und siechen dann im besten Alter dahin!

Die kapitalistische Weltordnung, die uns in dieses gräßliche Elend hineingestürzt hat, sollen wir mit ein paar Spargroschen von armen Schulkindern stützen helfen?!

Eine Wirtschaftsordnung, die solche Dinge zeitigt, wie wir sie heute tagtäglich erleben müssen, ist überreif, daß sie verschwindet. An ihre Stelle muß aber eine Ordnung kommen, darin es nicht vorkommt, daß die unschuldigen Kinder für die verrückten Ideen kapitalistischer Wirtschaftspolitiker schwer leiden müssen. **Schafft lieber Arbeit und Brot, dann werdet ihr es nicht notwendig haben, um Schulkinder-Spargroschen zu fechten!** —

Das neue Gemeindegesetz.

Das vom polnischen Ministerrat in seiner letzten Sitzung genehmigte Projekt eines neuen Gemeindegesetzes enthält folgende wichtige Bestimmungen: Die Wahlperiode der Gemeindevorsteher in den Stadt- und Landgemeinden wird auf 5 Jahre verlängert, wodurch dem Gemeinderat und der Gemeindevertretung eine größere Stabilität gegeben werden soll. Gleichzeitig werden für das gesamte Staatsgebiet, also auch für die Wojewodschaft Schlesien neue einheitliche Bestimmungen für das aktive und passive Wahlrecht getroffen. Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht wird auf 24 Jahre, für das passive Wahlrecht auf 30 Jahre erhöht. Durch das Gesetz wird das Verwaltungsgebiet der einzelnen Gemeinden zusammengelegt, andere getrennt, wenn es das Interesse der betreffenden Gemeinden erfordert. Die wichtigste Bestimmung betrifft die Verwaltung der Gemeinden. Die Sitzungen der Gemeindevertretungen werden, soweit die Gesetzesbestimmungen bisher bekannt wurden, aufgehoben und ihre Kompetenz auf den Gemeinderat und das Präsidium übertragen. Die Bürgermeisterwahl ist dem Gemeinderat vorbehalten.

Die Stadt von morgen — ein Kultur- und Lehrfilm ersten Ranges, von bedeutenden ausländischen Architekten und Städtebauern gedreht und im Auslande glänzend begutachtet, ist vor kurzem für Polen durch die polnische Sektion des internationalen Verbandes für Wohnungsreform in Frankfurt a. M., Towarzystwo Reformy Mieszkaniowej in Warszawa, erworben worden und wird nach Herstellung polnischer Titel in Umlauf gebracht. Dem Bürgermeisteramt der Stadt Bielsko ist es gelungen, eine der ersten Aufführungen in Polen für Bielsko zu sichern. Der Film wird hier an zwei Tagen laufen, u. zw. im Rahmen einer Elite-Vorstellung zugunsten des lokalen Komitees zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Heute bereits werden alle Kreise der Bevölkerung auf diesen hochinteressanten, von instruktiven Vorträgern in beiden Sprachen erläuterten Film hingewiesen, der hier wahrscheinlich am 11. und 12. Februar laufen wird. Auch die Schuldirektoren werden schon heute ersucht, sich mit der gesamten Anstalt auf den Besuch dieses Filmes an den Vormittagen der genannten Tage einzurichten, denn auch unsere Schuljugend muß rechtzeitig mit den so wichtigen Problemen zweckmäßigen, billigen und doch behaglichen und schönen, sowie gesunden Wohnens vertraut gemacht werden. Sie wird die hohe Aufgabe haben, das in die Tat umzusetzen, was wir heute auf diesem Gebiete an Reformen anstreben. — Man beachte die an dieser Stelle folgenden weiteren Anzeigen und Artikel. —

Freiwillige Rettungsgesellschaft in Bielitz. Am Samstag, den 30. Januar, findet in den Schießhaussälen die Samariter-Maskenredoute statt. Beginn 8 Uhr abends. Der Kartenvorverkauf beginnt am Montag, den 25. Jänner und sind Vorverkaufskarten nur auf der Rettungsstation erhältlich.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Dienstag, den 26. Jan., 7 Uhr abends: Gesangstunde.
Mittwoch, den 27. Jan., 6 Uhr abends: Mädchenhandarbeit.
Donnerstag, den 28. Jan., 7 Uhr abends: Diskussionsabend.
Freitag, den 29. Jan., 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.
Sonntag, den 31. Jan., 5 Uhr nachm.: Spiel und Gesangsabend.

Neue Mitglieder werden bei jeder Veranstaltung aufgenommen. Die Vereinsleitung.

Achtung Genossinnen! Am Dienstag, den 26. d. Mts. findet um 7 Uhr abends im kleinen Saale des Arbeiterheims die bereits angekündigte Frauenversammlung statt. Die Genossinnen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Arbeiter Turn- und Sportverein „Vorwärts" Bielitz. (Voranzeige.) Obengenannter Verein veranstaltet am 30. Jänner in den Lokalitäten des hiesigen Arbeiterheims seinen diesjährigen Maskenball und ersucht seine geschätzten Festgäste sich diesen Tag freizuhalten. Die Brudervereine werden ebenfalls ersucht an diesem Tage von einer Veranstaltung Abstand zu nehmen. Die Vereinsleitung.

Verein Sterbekassa der in den Klassengewerkschaftsverbänden in Polen organisiert. Arbeiter, mit dem Sitz Bielsko. Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Generalversammlung des obengenannten Vereins am Dienstag, den 2. Februar, um 3 Uhr nachm. im großen Saale des Arbeiterheims in Bielsko mit folgender Tagesordnung stattfindet: 1. Protokoll über die vorjährige Generalversammlung; 2. Berichte a) des Obmannes, b) des Kassierers, c) der Kontrolle, d) des Schiedsgerichtes. 3. Neuwahlen; 4. Festsetzung des Regulatives; 5. Allfälliges. Sollte die Generalversammlung zur festgesetzten Stunde nicht beschlußfähig sein, so findet dieselbe eine Stunde später am selben Ort mit derselben Tagesordnung, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl statt (§ 22). Anträge von Mitgliedern können laut § 23 des Statuts nur dann Beratungsgegenstand in der Generalversammlung werden, wenn dieselben mindestens 8 Tage vorher schriftlich dem Vorstande bekanntgegeben und von mindestens 20 Mitgliedern unterschieben wurden. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Voranzeige! (Verein Jugendlicher Arbeiter, Bielsko.) Obiger Verein veranstaltet am Dienstag, den 9. Februar l. Js. in den Lokalitäten des Arbeiterheims in Bielsko, den letzten Faschings-Rummel, zu welchem schon jetzt alle Brudervereine, Genossinnen und Genossen, sowie Freunde und Gönner des Vereines herzlich eingeladen werden. Kassenöffnung um 7 Uhr abends. Anfang um 8 Uhr abends. Entree im Vorverkauf 1 Zloty, an der Kasse 1,50 Zloty. Vorverkaufskarten sind bei allen Mitgliedern erhältlich. (Masken willkommen.) Um zahlreichen Zuspruch ersucht Die Vereinsleitung.

A. G. V. „Einigkeit" Alexanderfeld. Genannter Verein veranstaltet am Samstag, den 30. Januar l. J. im Gasthaus „Zum Patrioten" in Alexanderfeld, einen großen Maskenball, zu welchem alle Freunde und Sympathiker dieses Vereines freundlichst eingeladen werden.

Kamitz. Die vereinigten Arbeiterorganisationen von Kamitz veranstalten am Samstag, den 30. Jänner 1932 in den Lokalitäten des Gemeindegasthauses einen Masken-Ball, zu welchem alle Freunde und Genossen freundlichst eingeladen werden. Eintritt 1,50 Zloty, für Masken 1 Zloty. Beginn 7 Uhr abends.

Lobnitz. Am Samstag, den 30. Januar, veranstaltet in den Gasthauslokalitäten des Herrn Gabrysz in Lobnitz der Arbeiter-Gesangverein „Widerhall" einen Maskenball, zu dem alle Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. Alles Nähere in den Einladungen. Beginn 7 Uhr abends.

Ein falsches Spiegelbild

Von Abg. Dr. S. Glücksmann.

Die Sanacja will die Auflösung des Sejm herbeiführen. Sie möchte gerne die Schuld auf die Opposition abwälzen. Sie möchte gerne, sich vom Sejm und der schlesischen Autonomie mit einem Schlage loslösen, denn beides steht ihr im Wege und die Kontrolle ihrer bankerotten Wirtschaft ist ihr unerträglich.

Auch wir glauben, das der Schlesische Sejm in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung arbeitsunfähig ist, aber unsere Begründung ist eine andere als jene der Sanatoren.

Die Sanatoren entstellen wissenlich die Sachlage, wenn sie von Parlamentshypertrophie (sejmowladztwo) sprechen. Das Gegenteil ist wahr. — Die Sanatoren entstellen wissentlich die Tatsachen, wenn sie behaupten, daß die Opposition im Schlesischen Sejm die Kontrolle der Schwerindustrie durch den Staat abgelehnt hat. Tatsächlich sah sich die Opposition für die Staatskontrolle, ausgeübt gemeinschaftlich mit den Betriebsräten. erklärt.

Die Argumente der Sanacja sind bei den Haaren herangezogen. Trotzdem ist der Sejm — vorausgesetzt, daß die Ausschreibung der Wahlen in gesetztlicher Frist folgt — zur Auflösung reif. Sachlich wäre die Auflösung wie folgt, zu begründen:

1. Der Schlesische Sejm hat eine ungeheure bürgerliche Mehrheit, während die Arbeitenden eine ungeheuere Mehrheit des schlesischen Volkes bilden. Das ist ein unerträglicher Zustand. Insbesondere jetzt, in der Zeit der katastrophalen Wirtschaftskrise ist es sichtbar, was das bedeutet.

Die Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf die Erhaltung des Budgetgleichgewichtes. Die Arbeit des Wojewodschaftsrates und des Sejm ist beengt. Die vorderste Sorge bilden die Verwaltungsausgaben. Fast 80 Prozent des schlesischen Budgets sind eben Verwaltungsausgaben. Investitionen und Leistungen für die arme, arbeitslose Bevölkerung bilden einen geringfügigen Bruchteil.

2. Im 2. Sejm hatten: die Chadecja 16, die Deutsche Wahlgemeinschaft 15, die Sanacja 10, die Sozialisten 5, die Kommunisten 2 Abgeordnete. Der Wahlterror, den die Sanacja ausübte, vermochte dieses Bild radikal zu ändern. Die Kommunisten sind ganz aus dem Sejm verschwunden. Die Sozialisten konnten kaum 3 Mandate retten. Die deutsche Wahlgemeinschaft, der im 1. Wahlkreise die Liste ungültig erklärt wurde, verlor 8 Mandate. Je 19 Mandate eroberten die Chadecja und die Sanacja.

Diese Gliederung der Sejmgruppen entsprach nicht dem Kräfteverhältnisse innerhalb der Bevölkerung, schon am 23. November 1930, umsoweniger heute, als die Segnungen des Sanacjaregimes allen Bevölkerungskreisen satrsam bekannt sind...

3. Nach der letzten Wahl des Wojewodschaftsrates, besitzt bereits die Regierungspartei eine Mehrheit im Wojewodschaftsrate, während sie im Sejm trotz allem Wahlterror kaum ein Drittel der Mandate innehat. Die Opposition, wenn auch diese keine einheitliche Richtung bildet, hat im Sejm fast 2/3 der Sitze, der Wojewodschaftsrat dagegen, hat eine Regierungsmehrheit. Eine unhaltbare Anomalie!

4. Die Regierungspartei hätte in erster Reihe die Pflicht, für die Autonomie der Wojewodschaft und deren Finanzhoheit den Mann zu stellen. Ihr führender Mann, der Wojewode, hat sogar alle Sejmparteien zur Zusammenarbeit aufgefordert und allen als gemeinsame Aufgabe, eben die Autonomie und ihre Finanzrechte gestellt. Allein dieser klingenden Phrase folgte nicht die geringste Tat. Im Gegenteil. Die Regierungskreise, die außerhalb des Sejm wirken, verstehen gar nicht, daß sie den Sejm und die Autonomie, so rasch als möglich abgeschafft sehen möchten... Das ist eine paradoxale Sachlage, die in anderen Verhältnissen undenkbar wäre.

5. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß die Mieter eine erdrückende Mehrheit im Lande ausmachen. Die bürgerlichen Parteien jedoch besitzen eine erdrückende Mehrheit im Sejm. Im 2. Sejm konnte noch der sozialistische Klub eine Novelle zum Mieterschutzgesetze dem Sejm unterbreiten und eine Kräftigung des Mieterschutzes beantragen. Im 3. Sejm zählt der soz. Abgeordnetenklub kaum drei Mitglieder und ist nichteinmal in der Lage die Novelle neuerdings einzureichen, da er trotz größter Anstrengungen die fehlenden zwei Unterschriften bei den bürgerlichen Parteien nicht bekommen konnte.

Als aber eine Novelle zum Wirtschaftsfondsgesetze eingebracht wurde, waren sich die bürgerlichen Parteien darin einig, daß die Lasten der Hausbesitzer herabgedrückt und den Mietern auferlegt werden müssen. Diese Novelle, hätte die hauptsächlichsten Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes erschüttert. Die bürgerlichen Parteien haben es gar nicht verheimlicht, daß sie gerne den Mieterschutz abgebaut sehen möchten. Sie waren nicht einmal dem elementaren Gedanken, daß das Existenzminimum nicht besteuert werden dürfe, zugänglich. Nur die fortschreitende Wirtschaftskatastrophe erzwang die Hinausschiebung jener Beschlüsse, welche eine Bresche in den Mieterschutz schlagen sollte.

6. Schlesien ist das industriereichste Land Polens. Die physischen und geistigen Arbeiter bilden 80 Prozent der Bevölkerung. In einem solchen Lande sollten die Interessen der Arbeitenden, den weitestgehenden Schutz genießen. Ganz besonders gilt dies in Bezug auf die Arbeitslosen.

Die Bemühungen des sozialistischen Abgeordnetenklubs, die auf

die Einführung einer Krisensteuer und Schaffung eines schlesischen Arbeitslosenfonds

hinzielten, blieben erfolglos.

Das war eigentlich die Hauptaufgabe des Sejm: entweder

eine produktive Arbeitslosenfürsorge,

welche den Arbeitslosen Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten eröffnet hätte, oder wenn eine solche unmöglich ist, dann müßte die Krisensteuer und eine gehörige Arbeitslosenunterstützung kommen. Nichts davon geschah, was folgerichtig den Wert des schlesischen Sejm für die Arbeiterklasse bedeutend herabminderte.

Allerdings rückten die bürgerlichen Sejmgruppen mit Reformprojekten heraus, die eine Neugestaltung der Wirtschaftsorganisation erstrebten, aber die Debatten und Beschlüsse haben vorerst eine rein theoretische Bedeutung, und ist keine Sicherheit vorhanden, daß diesen Beschlüssen irgend eine schaffende, tatkräftige Aktion folgen wird. Gerade jetzt steht die Arbeiterklasse inmitten eines gigantischen Kampfes um ihre Rechte, um ihre Existenz. Sie sind seitens der Unternehmer mit der Aussperrung ab 1. Februar bedroht, wenn sie auf eine 25prozentige Herabsenkung ihrer ohnehin kargen Löhne nicht einwilligen.

Bis in die letzten Tage stand die Regierung abseits. Jetzt erst, einige Tage vor dem Entscheidungstage, als die Arbeitermassen den unbeugsamen Kampfeswillen in Betriebsrätekongressen kundtat, greift die Regierung zögernd ein.

Hätte die Arbeiterschaft eine starke Vertretung im Sejm, wäre eine derartige Anomalie wieder nicht denkbar.

All diese Gründe sprechen für eine Auflösung des 3. Sejm, bei gleichzeitiger Ausschreibung von Neuwahlen. In den gegebenen Verhältnissen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Sanacja gerne den Sejm los werden möchte, aber gänzlich, ohne Ausschreibung von Neuwahlen.

Daher müßte — meiner Ansicht nach — zunächst eine großzügige Aktion einsetzen, die unter den breiten Massen die Wichtigkeit der Schlesischen Autonomie und ihrer Finanzhoheit popularisieren möchte. Nachher müßte mit aller Entschiedenheit verlangt werden:

Auflösung des Sejm und Ausschreibung von Neuwahlen.



Vor der Besetzung Schanghais durch die Japaner

Die Lage im Osten verschärft sich von Tag zu Tag. Nachdem jetzt der Schanghaier Stadtrat den Japanern erklärt hat, daß er nichts gegen antijapanische Demonstrationen und Verbände sowie gegen den Boykott japanischer Waren unternehmen würde, haben die Japaner die Besetzung der Stadt beschlossen.

Die Landstreicheruniversität in Chikago

Wenn in Amerika der Winter ins Land kommt — Eine Hochschule mit Obdachlosenasyl Wissenschaft für 10 Cents

In der South State Street in Chikago kommt ein Mann auf mich zu, der, ohne viel Umstände zu machen, seine Hand auf meinen Arm legt und fragt:

„Gotta nickel for coffee, Mister?"

Es war ein Hobo. Ein Bum. Ein Trapp, ein amerikanischer Landstreicher. Eine Menge von dieser Gattung fanden wir auch in Neuyork, in der Gegend der Brocklyn Brücke, in den schmutzigen kleinen Kaschemmen, drüben in Brocklyn in den Kellerlokalen, wo sie ihr Quartier haben, zu einer Zunft vereinigt, ihre Versammlung abhalten.

Jeder, der eine große Geschichte von großem menschlichen Interesse sucht, ein Leben voll von sonderbaren und merkwürdigen Schicksalen, tut gut daran, solche Gegenden und Lokale aufzusuchen; vielleicht gelingt es ihm, einen von den Hobos zum Freunde zu machen; denn diese Menschen sind exklusiver, als man glaubt.

In der South State Street ist das leichter. Es gibt hier viele Hobos; Chikago ist wegen seines riesenhaften Eisenbahnnetzes, das größte Amerikas, der Sammelplatz der Landstreicher.

Sie kommen auf den Bremsen und Verbindungsstangen der Eisenbahnwagen aus allen Gegenden. Mit einem Dasein voll Abenteuer und Elend trafen sie sich hier, um ihre weiteren Fahrten von Chikago zu besprechen. Heute ist das nicht mehr so wie einst. Die Aufstellung der Eisenbahnpolizei, die Wachsamkeit des Lastwagenpersonals haben diese Art des gefährlichen Freitransportes fast ganz unmöglich gemacht. Dem Tramp ist damit das Wichtigste genommen: die Möglichkeiten des Herumzigeunerns. Es müssen neue Tricks gefunden werden. Dennoch, sie sind etwas seßhafter geworden, und können doch ihre wahre Natur nicht verleugnen, und versuchen unermüdlich neue Wege und Mittel zu finden, ihren Wünschen Erfüllungen zu verschaffen.

Der Tramp, der uns in Chikago um fünf Cents für eine Tasse Kaffee gebeten hatte, tat dies in einer Art, ungefähr so, wie es ein guter Schauspieler machen würde, der eine Lumpenrolle spielt.

Irgend etwas reizte uns an dem Manne. Wir kamen langsam in ein sonderbares Gespräch, nachdem wir in einem kleinen Soda Fontain einige frischgebackene Waffeln mit Honig gegessen hatten.

„Ich habe heute noch eine Vorlesung über Rhetorik", sagte der Hobo, er nannte es „public speaking", „und da ist es gut, etwas Warmes im Magen zu haben."

„Eine Vorlesung über Rhetorik?"

„Yeah Sir! Eine Universität! Sie glauben wohl, daß gibt es nicht? Saurely Sir! In Amerika gibt es alles! Bitte, wenn Sie wollen, bringe ich Sie zu unserer Universität!"

„Und Sie hören dort eine Vorlesung über Rhetorik? Wozu?"

Der Tramp lächelte.

„Für unseren Beruf ist das wichtig!" erklärte er dann. „Es ist sehr vorteilhaft, gut sprechen zu können. Wir kommen auf unseren Wanderungen und Reisen mit vielen Menschen zusammen, und da siegt immer derjenige, der das beste Mundwerk hat!"

Bei diesen Worten empfanden wir deutlich, daß wir da dem amerikanischen Wesen am nächsten waren. Das ist amerikanische Mentalität.

„Es gibt auch Tramps", fährt unser Gast fort, „die ein Kolleg über Bürgerrecht hören, was nicht weniger wichtig istll Sie verstehen, Sir? Oder Vorlesungen über Soziologie, Geschichte und Literatur.

Literatur! Wir haben einen unter uns, er heißt Jammy, wir rufen ihn so, der war ein eifriger Schüler für Literatur. Vier volle Semester lang hielt er es in Chikago aus, ohne einmal fortzufliegen. Jammy hatte ein böses Leben hinter sich. Er ist der Erfinder der Art, wie man Schaufensterscheiben lautlos eindrückt. Aber seitdem er Literatur gehört hat, ist er ein gemachter Mann. Er hat seine Lebensgeschichte in Versen geschrieben; ein herrliches Buch! Es ist sehr gut gegangen, hat ihm Geld gebracht, viel Geld.

3000 schöne Frauen wünschen Partner!

Aus ist es mit der Romantik der „guten alten Halbwelt", mit der Anziehungskraft der alkohol- und rauchgeschwängerten Tanzlokale, in denen verführerisch gekleidete Mädchen und Frauen ihre Reize zum Kauf anbieten. Nicht lediglich aus Gründen gebesserter Moral. Mit Recht klagen die ehrlichen Vertreterinnen des „unehrlichen Gewerbes" seit langem über Geschäftsschädigung durch die gewandelten Moralbegriffe der bürgerlichen Gesellschaft. Sogar die Kuppler erwarten keinen Gewinn mehr von der Anpreisung käuflicher Laster; sie haben ihre seit tausend Jahren bewährten weiblichen Hilfstruppen im Stich gelassen u. ihr Geschäft auf Propaganda und Vermittlung der kostenlosen, möglichst spesenfreien Liebesbetätigung umgestellt.

Dem schüchtern aussehenden jungen Mann wird eine vielversprechende Einladungskarte mit einer Telephon-Nummer als Unterschrift in die Hand gedrückt:

3000 schöne Frauen wünschen Partner! Zwanglose Begegnung bester Gesellschat, diskret, anonym. Berufstätige junge Frauen ohne Geld interessieren!

Da ich leider kein Mann bin, kann ich die Geheimnisse dieses menschenfreundlichen Unternehmens nur als 3001. Bewerberin zu ergründen versuchen. In einer biederen Vierzimmerwohnung führt mich eine junge Dame in das typische Zahnarzt-Wartezimmer. Mir ist auch entsprechend zumute; ich habe Angst, man könnte meine unreelle Absicht durchschauen. Endlich werde ich von einem seriösen älteren Herrn in einem fast kahlen Verhandlungszimmer empfangen. Ich frage schüchtern nach der Art der Veranstaltungen, die ich besuchen möchte. „Bei uns wird nur büromäßig gearbeitet; keine Tees, keine langen Zusammenkünfte. Wir sammeln Adressenmaterial und vermitteln in unserem Büro die erste Begegnung. Die persönliche Vorstellung in unserem Wartezimmer wird grundsätzlich nach zwei Minuten unterbrochen, um die Peinlichkeit der Situation zu überbrücken. Auf Wunsch des Herrn kann die Unterhaltung auch länger ausgedehnt werden."

Man fragt mich genau nach Alter, Familienstand, Beruf und Kinderzahl, nach speziellen Neigungen und sonstigen Extrawünschen. „Sie haben doch wohl keine Geldinteressen", geht es weiter. „Sie suchen doch sicher eine seriöse Sache auf längere Sicht?"

Als ich bescheiden nach den Bedingungen frage, werden mir 30 Mark Einschreibegebühr genannt. Die Zahlung berechtigt zu einer einjährigen ständigen Versorgung mit geeigneten Liebesobjekten. Erfolgshonorare werden nicht verlangt. Selbstverständlich handelt es sich in der Regel um Herren der besten Gesellschaft in gehobener Position, die durch schwere Berufsarbeit etwas weltfremd im Umgang mit Damen geworden sind. Es gibt da natürlich auch jüngere Leute, Studenten, Künstler, die einer diskreten finanziellen Beihilfe nicht abgeneigt sind. Die offizielle Bezeichnung dafür heißt Kassentrennung. Während der Unterredung meldet die Sekretärin, daß Herr Leroi mit dem Türken zusammen unbedingt heute abend kommen will, daß zwei neue Herren im Nebenzimmer warten und den Geschäftsführer dringend sprechen müssen.

„Die Hauptsache ist, daß wir Sie ständig telephonisch erreichen können. Wir haben im Augenblick soviel zu tun, daß wir Sie voraussichtlich jeden Abend brauchen werden. Die Herren lassen sich allerdings oft 6 bis 8 Damen vorstellen, ehe es auch nur zu einer Verabredung kommt. Wir nehmen selbstverständlich auf alle Ansprüche der Herren Rücksicht, was Alter, Typ, Haarfarbe und Veranlagung der Damen betrifft. Die Damen sind erheblich leichter zufriedenzustellen."

Welch ein organisatorischer Fortschritt seit dem Auftauchen jener ersten bescheidenen Versuche zur Unkostensenkung des Liebesbetriebs: „Paddelfreundin mit Kassentrennung gesucht." Mit einer Jahrespauschale von 30 Mark sind alle geld- und zeitraubenden Präliminarien bei einer beliebig großen Zahl von Frauen abgegolten.

Als ich nach diesen verlockenden Angeboten meine endgültige Entscheidung von einer kurzen Bedenkzeit abhängig machen will, werden mir Zahlungsaufschub und Ratenzahlungen entgegenkommenderweise anheimgestellt.

(H. W. in der „Welt am Montag".)

Vogeltreiben am Futterp'atz

Dieser milde Winter ist eine rechte Gnade für unse. Singvögel. Als Eis und Schnee die Erde bedeckte, waren sie auf uns angewiesen. In diesem Winter ist das ganz anders. Da gibt es hier und da ein Hälmchen zu zupfen, da sind Würmer hinter der Rinde und im Boden zu finden, da liegen Buchecker<n im Laube, und da sitzen noch Beeren in Menge an Ebereschen und Wacholder. Die kleinen Leckermäuler können schmausen. Dennoch steht das Vogelhaus am Fenster nicht leer. Dort werden Hanfsamen und Sonnenblumensamen gestreut, auch Speckstückchen ausgelegt, Obstkerne und dergleichen. Am schnellsten sind die Sonnenblumenkerne vergriffen, sie scheinen hoch im Kurs zu stehen. Sehr schnell haben die Schnäbel sie aus der Menge der nahrhaften Dinge herausgepickt. Am eifrigsten ist eine Meise mit schwarzem Kopf und zerzaustem Schwanz, die unglaublich schnell mit ihrem Raube auf die nächste Tanne entwischt und dann gleich wieder von neuem da ist, um weiteren Vorrat zu holen. Auch die Kohlmeisen, die mit den schönen, gelblich-grünen Flügeldecken, sind nicht faul. Sie lassen sich sogar Zeit, die Mahlzeit gleich an der Futterstelle einzunehmen. Aber das Bild verschiebt sich, wenn die Rotkehlchen kommen. Sie scheinen unverträglich und unbeliebt zu sein, jedenfalls wenden sie sich unfreundlich gegen alle weiteren Besucher und stören den Frieden erheblich. Wenn die Rotkehlchen fressen, bleiben die anderen Vögel meist in respektvollem Abstand. Selbst zwei prachtvolle Buntspechte verschmähen das Vogelhaus am Mansardenfenster nicht. Neugierig lugen sie durch die Scheiben, und wenn sie sich beobachtet fühlen, sitzen sie ganz still, als wollten sie sich damit unsichtbar machen. Nur die Finken, die schönen, sind stolz. Sie schaukeln sich auf den Zweigen der Ulme, drehen die Köpfchen, wippen mit dem Schwanz und verlassen sich auf ihr eigenes Jagdglück. Wahrscheinlich lassen sie eher mit sich reden, sobald es Schnee und Kälte gibt. Dann werden auch sie mit dem Schnabel gegen das Fenster picken und ihren Anteil an dem Körnersegen fordern.

Der Vogelliebhaber wird seinen Freunden das Futterplätzchen möglichst windgeschützt anlegen und es durch Tannenreiser gegen Regen, Wind und Schnee schützen. Auch der Boden muß reingefegt werden.

Vorbedingung ist, daß das Futterplätzchen gegen Katzen geschützt liegt.

Wenn wir all diese Forderungen berücksichtigen, werden wir über mangelnden Zuspruch in unserer Frühstücksstube nicht zu klagen haben. Nur Kartoffeln sollen wir den Vögeln nicht anbieten. Sie mögen sie nicht und vertragen sie auch schlecht. Dadurch, daß die Kartoffeln bei Kälte leicht vereisen, bekommen die Vögel Halskatarrhe, die ihnen verhängnisvoll werden. Davor müssen wir sie bewahren.

Ob es noch lange dauert bis zum Frühling? Manchmal möchte man der Quecksilbersäule des Thermometers glauben, die mit ihren 5, 6, 8 Grad Wärme uns allerlei schöne Phantasien vorgaukeln will. Es hat ja schließlich schon früher Jahre gegeben, in denen um Pfingsten die Kirschen reif waren und man Ostern schon den ersten Spargel essen konnte. Damals wurde in Süddeutschland wenigstens — schon im Juni das Getreide gemäht, während die Heuernte im Mai stattfand. Ausnahmsjahre.

Georg Zeiz.

So wurde Willi

Von Fritz Kleist.

Alles erlebte er. Jedes Verbrechen beging oder sah er.

Es begann mit seinem sechsten Lebensjahr in der Kriegshungerzeit.

Der Vater war während des ganzen Krieges draußen. Zehn Köpfe hatte die Familie.

In der Schule stahl Willi das Brot unter den Bänken, um seinen Hunger zu stillen.

Er rauchte mit acht Jahren.

Er trank Schnaps wie ein Alter mit zehn Jahren.

Er bekam früh und immer Prügel und — kein Brot.

Er stahl Bleistifte, Schreibhefte und Stahlfedern. Er erbrach die Klassenkasse, er bekam viele Prügel und — kein Brot.

Er stahl Kohlen auf der Halde.

Er spielte Soldat.

Er war mit zwölf Jahren ein ausgefeimter Taschen- und Markthallendieb, professionierter Kollidieb auf der Eisenbahn.

Prügel — Fürsorgeerziehung — Prügel.

Er entwich und wurde eingebracht und entwich wieder. Er stahl Brot und verbarg es auf dem Heuboden. Kam der Hunger, dann grub er es aus, wie das Raubtier die verscharte Beute.

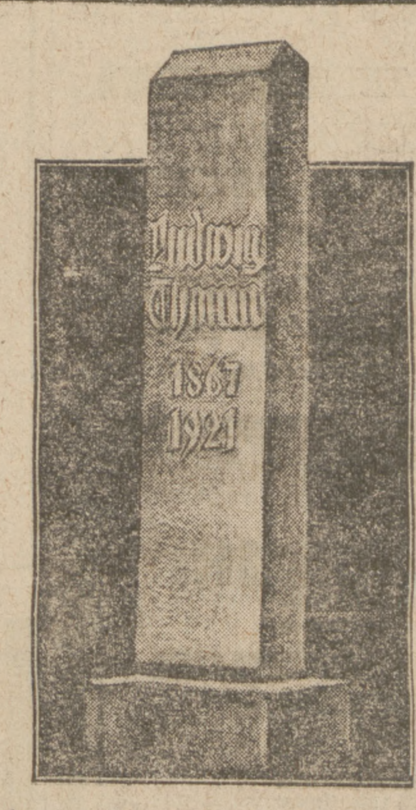
Er machte aus Altmetall, Messing, Kupfer und Blei — Brot, das er sonst nicht hatte.

Er kam in die Fürsorgeanstalt — zum wievielten Male — er wollte Schneider lernen — er rauchte, bezog Prügel und entwich.

Er stand fünfzehnjährig im Aufstand und im Bürgerkrieg — sehr aktiv. Er sah, wie Menschen sich umbrachten, er sah, wie Menschenbestien Menschen zertraten.

Fürsorgeanstalt, Gefängnis, Fürsorgeanstalt und wieder Gefängnis.

So wurde Willi.



Ein Ludwig-Thoma-Denkmal in Dachau

In Dachau bei München, wo der verstorbene bayrische Heimatdichter Ludwig Thoma mehrere Jahre als Rechtsanwalt gelebt hat, wurde am 65. Geburtstage des Dichters ein Thoma-Gedenkstein eingeweiht.

Gandhi darf nur „unpolitische" Besucher empfangen

Bombay. Mahatma Gandhi hat die Erlaubnis erhalten, von jetzt ab jede Woche Besucher empfangen zu dürfen, die sich jedoch nicht länger als 20 Minuten bei ihm aufhalten dürfen. Zutritt haben nur Verwandte oder solche Bekannte, die keinerlei politische Beziehungen zu Gandhi haben. Alle politischen Gespräche sind verboten. Der Mahatma wird während der Besuche von einem Gefängnisbeamten bewacht.

Die Unruhen in Spanien

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Ternel bei Valencia ist dort ein revolutionärer Streik ausgebrochen. Die Aufständischen haben das Rathaus besetzt und die Archive in Brand gesteckt. Der Gouverneur hat in Saragossa Truppen zur Verstärkung angefordert.

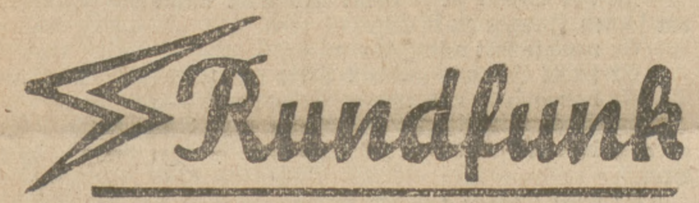
Vermischte Nachrichten

Das älteste Papiergeld.

Nicht der Engländer John Law, der in Frankreich das Papiergeld einführte, ist der Erfinder dieses Zahlungsmittels, denn in Spanien gab es solches schon im Jahre 1482, und aus Marco Polos Reisebeschreibung erfahren wir, daß Papiergeld schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts im Reiche Dschingi-Khans im Umlauf war. Als die Erfinder sind die Chinesen zu betrachten. Durch Aufzeichnungen in den chinesischen Büchern Khanh-hy und Khan-tu-thong ist erwiesen, daß zu Ende des 10. Jahrhunderts vom Staate ausgegebenes Papiergeld im Umlauf war.

Auch Indiens Frauen revoltieren.

Während die Millionenmasse der indischen Frauen das Frauenschicksal noch dumpf und demütig trägt, beginnt, besonders in den intellektuellen Bürgerkreisen, bereits der Emanzipationskampf der Töchter, die, statt im Frauengemach zu sitzen, auf die Universitäten ziehen. Neben dieser materiellen und kulturellen Oberschicht aber gibt es auch schon wirkliche Kämpferinnen, nationale Revolutionärinnen, die mit der gleichen fanatischen Hingabe wie die Männer für die Mündigkeit Mutter Indiens arbeiten wollen. Als Gandhi, die große Seele, wieder hinter die Mauern des Gefängnisses wandern mußte, bat seine Frau, das Los mit ihm teilen zu dürfen. Die britische Regierung erfüllte diesen Wunsch: sie wurde gleichfalls verhaftet und verurteilt. Neben ihr wurde Manibel Patel, die Schwester des eingesperrten Kongreßführers, und Mithuben Petit, die Nichte eines Mitgliedes des Provinzparlaments von Bombay, in den Kerker geführt, weil sie die Massen zur Steuerverweigerung aufforderten, weil sie Posten standen, damit kein englisches Tuch in den Geschäften gekauft werde. Die englischen Gegenmaßnahmen sind hart. Wo mehr als fünf Leute zusammenstehen, ist ein verbotener „Auflauf", Anlaß zur „Säuberung". Das sind Methoden, just dazu angetan, Indiens Menschenmillionen — ob Männer oder Frauen erst recht zu Rebellen zu erziehen.



Kattowitz — Welle 408,7

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 16,55: Englisch. 17,35: Volkstümliches Konzert. 22,45: Schallplatten. 23: Vortrag.

Warschau — Welle 1411,8

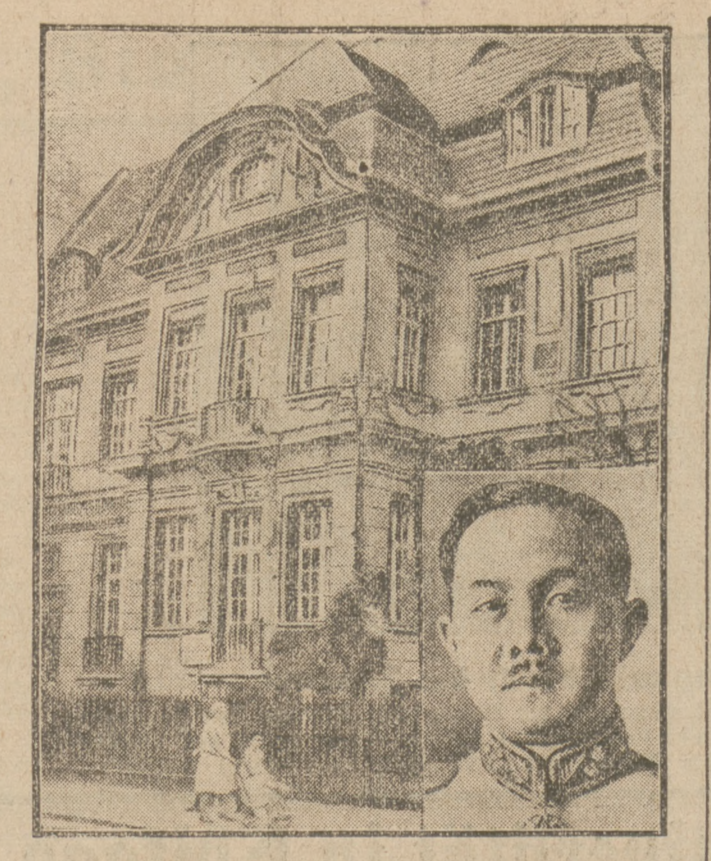
Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 17,35: Volkstümliches Konzert. 18,50: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21: Vorträge. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Gleichbleibendes Wochenprogramm.

Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Schallplattenkonzert. 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse 11,35: Erstes Schallplattenkonzert. 12,35: Wetter. 12,55: Zeitzeichen. 13.10: Zweites Schallplattenkonzert. 13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse 13,50: Fortsetzung des zweiten Schallplattenkonzerts 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse Presse.

Mittwoch, 27. Januar. 15,25: Jugendstunde. 16: Das Recht, wie es sich im Volksmund und in den Sprichwörtern erhalten hat. 16,25: Unterhaltungsmusik. 17: Bücherhilfe für Erwerbslose. 17,20: Landw. Preisbericht; anschl.: Die Lage des Bergarbeiters. 17,40: Lieder und Balladen. 18,10: Der Former, ein Pionier der Kultur. 18,30: Schlesien im Urteil des Auslandes. 18,50: Wetter; anschl.: Jüngste Entwicklung der oberschlesischen Montanindustrie. 19,10: Bunte Stunde. 20,05: Grenzland-Oberschlesien. 20,30: Volkstümliches Konzert. 21,30: Abendberichte. 21,40: I juch, Polterabend! 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,45: Vorschau zum Kreis-Skispringen der Arbeitersportler Schlesiens. 23: Tanzmusik. 24: Funkstille.



Siam löst seine Berliner Gesandtschaft auf

Die Berliner Gesandtschaft des Königreiches Siam soll aufgelöst werden, da Siam sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Damit wird auch der Gesandte, Prinz Pridi Debyabongs Devakula (im Ausschnitt), der erst vor sechs Wochen nach Berlin gekommen ist, die Reichshauptstadt in nächster Zeit wieder verlassen.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Königshütte. Am Freitag, den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Gorny. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Achtung, Metallarbeiter!

Laurahütte. Am Dienstag, den 26. Januar 1932, nachmittags 6 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Laurahütte bei Kozdon statt. Wir ersuchen alle unsere Kollegen, zu dieser Versammlung bestimmt und recht zahlreich zu erscheinen.

Hohenlinde. Am Mittwoch, den 27. Januar 1932, nachmittags 5 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei Kuklinski statt. Als Referent erscheint Kollege Kuzella. Wir bitten alle unsere Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Dienstag: Vortrag B. f. A.
Mittwoch: Singen.
Donnerstag: Heimabend für Jugendmitglieder und Diskussion der S. B. G.
Freitag: Singen.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 26. Januar: Mitgliederversammlung.
Mittwoch, den 27. Januar: Vortrag B. f. A.
Donnerstag, den 28. Januar: Gesang.
Freitag, den 29. Januar: Nach Bedarf.
Sonnabend, den 30. Januar: Ernster Abend.
Sonntag, den 31. Januar: Heimabend.

Freie Sänger.

Kattowitz. Mittwoch, den 27. Januar 1932, 7 Uhr abends, findet eine Vorstandssitzung im Zentralhotel statt. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Myslowitz. Die diesjährige Generalversammlung findet am 2. Februar, abends 6 Uhr, statt. Referent: Nebus. Zu der Generalversammlung sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Königshütte. Am Dienstag, den 26. Januar, findet im Volkshaus die Vorstandssitzung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde" statt.

Freie Sportvereine.

Königshütte, Chorzow und Umgegend. (Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften.) Am Mittwoch, den 27. Januar 1932, vormittags 9½ Uhr, findet eine Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften im „Volkshaus" (Dom Ludowy), Krolewska Huta, ul. 3-go Maja 6 (Büfettzimmer), statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, ersuchen wir alle Arbeitslosen der Freien Gewerkschaften, vollzählig zu erscheinen.

Kattowitz. (Kinderchor.) Am Mittwoch, den 27. Januar, abends 6,45 Uhr, findet wieder die erste Chorstunde im Saal des Zentralhotels statt. Alle Kinder sind herzlich eingeladen.

Königshütte. (Auf zum Maskenball nach Königshütte.) Der freie Schachbund Königshütte veranstaltet am Sonnabend, den 30. Januar, einen Maskenball. Derselbe findet in den Räumen des Volkshauses statt. Die Veranstalter bitten um regen Besuch. Die Preise sind minimal berechnet.

Die Veranstalter.

Schlesiengrube. (Nähstubenausschuß.) Am Mittwoch, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet im Lokal Scheliga eine wichtige Sitzung des Nähstubenkomitees statt, zu welchem auch der neue Vorstand der D. S. A. P. eingeladen ist. Vollzähliges Erscheinen notwendig!

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 26. Januar 1932, abends 7½ Uhr, Vortragsabend im Saale des Zentralhotels. Der Bund für Arbeiterbildung beabsichtigt einen Esperantokursus zu veranstalten. Interessenten können sich am kommenden Vortragsabend anmelden.

Königshütte. Am Mittwoch, den 27. Januar, abends um 7 Uhr, spricht der Gen. Sejmabgeordneter Kowoll im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6. Thema: „Hat der Sozialismus versagt". Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.